

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte ★

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntägig. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50515 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21/21 16 58 Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 10 / 17. Jahrgang

16. Mai 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM



Mit Protestaktionen und Warnstreiks haben tausende Beschäftigte auf die provokatorischen Forderungen der öffentlichen Arbeitgeber in der Tarifrunde reagiert (Bild: Köln). Nachdem auch die dritten Verhandlungen am 13. Mai ohne Ergebnis blieben, kündigte die ÖTV eine weitere Zunahme der Proteste an. Der DGB hat den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst die Solidarität der anderen Gewerkschaften zugesichert. Auf der Gegenseite hetzt z.B. das „Handelsblatt“, der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst sei „die Entscheidungsschlacht um das Sparpaket der Bundesregierung“, wenn hier Kanther „einknickt“, sei die Bundesregierung im Konflikt um die Lohnfortzahlung zum „Papiertiger“ geworden. (rül)

Mörderische Flüchtlingspolitik Ulla Jelpke zum Asylurteil des Bundesverfassungsgerichts

Das Karlsruher Gericht stand in den vergangenen Monaten unter erheblichem Beschuß: Konservative PolitikerInnen stießen nach dem sog. Kruzifix- und dem „Soldaten“-Urteil Drohungen aus, das Verfassungsgericht enger an die politische Kandare zu nehmen. Kanther kündigte ungeniert an, den rassistischen Mob erneut von der Leine zu lassen, sofern Karlsruhe auch nur einzelne Punkte des „Asylkompromisses“ in Frage stellen würde.

Das Gericht hat entschieden, daß das Konzept „sicherer Drittstaaten“ verfassungskonform ist, unbeachtlich der Frage, ob diese vermeintlich sicheren Drittstaaten den Flüchtlingen eine Möglichkeit zu einem Asylverfahren tatsächlich eröffnen und Kettenabschiebungen bis in den verfolgenden Herkunftsstaat wirksam verhindern. Nicht der Fluchtgrund, der Fluchtweg entscheidet über die Berechtigung von Asylbegehren. Nur noch der See- und der Luftweg bleiben Flüchtlingen zur legalen Einreise. Das BVG hat jedoch das Flughafenverfahren bestätigt, obwohl dieses eine rechtsstaatliche Überprüfung – die einen solchen Namen verdient – nicht zuläßt. Darauf haben auch die RichterInnen Limbach, Böckenförde und Sommer in ihren Minderheitenvoten hingewiesen. Das BVG hat offensichtlich aus den Erfahrungen deutscher Flüchtlinge vor dem Faschismus nicht gelernt, wenn es bestätigt, daß die Asylverfahren von Flüchtlingen ohne oder mit falschen Papieren derart rechtsstaatswidrig verkürzt werden dürfen. Willy Brandt etwa konnte dem deutschen Faschismus nur entkommen, weil er mit gefälschten Papieren

floh. Auf welch jämmerlichem menschenrechtlichem Niveau die Karlsruher RichterInnen argumentieren, zeigt sich darin, daß selbst die Todesstrafe nicht reicht, ein Land von der Liste „sicherer Herkunftstaaten“ zu streichen.

Damit hat das Bundesverfassungsgericht die Strategie der Bundesregierung und der anderen EU-Staaten bestätigt, die Europäische Union zu einer Festung gegen Flüchtlinge auszubauen.

Die mörderischen Konsequenzen dieser quasi-militärischen Abschottungspolitik sind in den über 160 Flüchtlingen zu sehen, die an den Außengrenzen der EU in den letzten drei Jahren tot aufgefunden worden sind – davon 37 Tote an den deutschen Ostgrenzen.

Die Abschottung nach außen geht einher mit der zunehmenden Entrechtung von Flüchtlingen im Inneren: Einschränkung beim Rechtsweg zur Überprüfung von Asylurteilen, Unterlaufen des völkerrechtlichen Abschiebeschutzes durch sog. Rückübernahmeabkommen mit Folter- und Terrorstaaten, Kürzung der Sozialhilfe und Umstellung aufs Sachleistungsprinzip sowie Einführung einer Zwei-Klassen-Medizin für Flüchtlinge.

An der tatsächlichen Verfassungskonformität der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl werden weiterhin ernsthafte Zweifel bleiben.

Ohne Zweifel aber werden die Proteste gegen die mörderische Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und der EU weitergehen. Nach einem derart offenkundigen Grundsatzurteil erst recht.

Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag.

Castor und die Gefährdung des Rechtsstaates

PDS-MdB Rolf Köhne am 9.5. im Bundestag

Seit dem gestrigen Tag kann von einer friedlichen Nutzung der Atomenergie nicht mehr gesprochen werden. Atomenergie kann nur gegen das Recht auf Leben und gegen die übergroße Mehrheit der Jugend, die den radioaktiven Müll als Erblast erhalten wird, genutzt werden. Offensichtlich braucht es dazu den Einsatz einer Bürgerkriegsarmee von 19.000 Polizisten, um einen Atommülltransport, einen von über hundert, die noch kommen werden, durchzuführen. Dies gefährdet in der Tat den Rechtsstaat – und die Verantwortung dafür trägt diese Bundesregierung.

Steigen sie mit uns aus der Atomenergie aus, gewähren sie den Menschen ihr Recht auf Leben – dann wird es solche Konflikte nicht mehr geben! Und sprechen sie nicht von einer Kapitulation des Rechtsstaates, die es nicht geben dürfe. Dieser Rechtsstaat kapituliert doch ständig vor Rechtsbrechern – an anderer Stelle. Setzen sie doch mal 19.000 Polizisten ein, um die jährlichen Steuerhinterziehungen von über 100 Mrd. DM zu unterbinden!

Dann könnten sie sich auch ihre Sozialabbau-Organie sparen!

Doch das wollen sie nicht! Da kapitulieren sie lieber vor den Rechtsbrechern – und senken ihnen zum Dank auch noch die Steuern, weil es ihr eigenes Klientel ist.

Auch wird hier ein völlig überzogenes Bild der gestrigen Ereignisse zwischen Dannenberg und Gorleben gezeichnet. Trotz des martialischen, völlig unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes war es weitgehend eine Demonstration, bei der die Verhältnismäßigkeit der Mittel seitens der Demonstranten gewahrt blieb. Es wurde auch immer wieder deutlich, daß der Widerstand überwiegend von der Bevölkerung des Wendlandes getragen wird.

Wenn es dennoch stellenweise zu einer Eskalation kam, sollte man die Verantwortlichkeit schon genauer überprüfen. Ich habe selbst beobachtet, wie ein Polizist während eines völlig unsinnigen Einsatzes auf einen bereits am Boden liegenden Menschen dreimal einschlug. Solche Szenen sind es, die dazu führen, daß Menschen ihren Protest nicht mehr nur in friedlichen Sitzblockaden ausdrücken. Die *Hannoversche Allgemeine* schreibt deshalb zu Recht: „Die Versager, die gestern aufgetragene Reden hielten und empörte Erklärungen abgaben, sitzen in Bonn.“ Ich kann dem nur hinzufügen: Der Rechtsstaat wird durch die unfriedliche Nutzung der Atomenergie gefährdet – machen sie Schluß damit!

Rolf Köhne ist energiepolitischer Sprecher der PDS im Bundestag



Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein verboten

Am 13. Mai gab das Innenministerium Bad.-Württ. das Verbot des „Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins“ in Stuttgart bekannt. Die Polizei durchsuchte Vereinsräume und Wohnungen, beschlagnahmte persönliche Gegenstände und zog das Vereinsvermögen ein. Wider besseres Wissen unterstellt das Ministerium den Verein Verstoß gegen die Völkerverständigung.

Tatsächlich bemühte sich der Verein seit Monaten, die angespannte Situation

mit friedlichen Mitteln zu entschärfen.

Innenminister Birzele spricht von der Notwendigkeit für die Kurden, „bei der Bevölkerung Vertrauen zu schaffen“. Wir fragen: Wie soll Vertrauen und Akzeptanz entstehen, wenn eine Atmosphäre geschaffen wurde, in der jede Regung kriminalisiert wird? Warum provozieren Sie und Kanther geradezu Verzeufungstaten? Der beste Beitrag zu einer politischen Lösung wäre die Achtung der Gefühle und Interessen der kurdischen Bevölkerung.

(PDS-MdBs U. Jelpke, W. Wolf, 13. Mai, gekürzt)

AKTUELL IN BONN**Fast 3 Millionen „geringfügig Beschäftigte“**

1992 gab es in der Bundesrepublik 2,98 Millionen Personen, die ausschließlich einer sozialversicherungs-freien Beschäftigung nachgingen, also weniger als 590 DM im Monat erhielten und weder gegen Arbeitslosigkeit, noch gegen Krankheit versichert waren. 363.000 dieser „geringfügig Beschäftigten“ arbeiteten in den neuen Bundesländern. Das geht aus einer Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Grünen (13/4306) hervor. Weitere 1,47 Millionen Personen gingen einer sog. „geringfügigen Nebentätigkeit“ nach. Die Angaben der Regierung gehen auf eine vom Bundesarbeitsministerium 1992 in Auftrag gegebene Untersuchung zurück, die u.a. mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage gearbeitet hat. Auf die Frage, welche Beitragsausfälle den Sozialversicherungen durch die Beitragsfreiheit dieser Beschäftigungsverhältnisse entstünden, verwies die Bundesregierung auf eine Studie für 1991. Darin war errechnet worden, eine Aufhebung der Beitragsbefreiung könnte zu Mehreinnahmen der Sozialversicherungen von maximal 9,8 Milliarden DM im Jahr führen.

Bau-Mindestlohn blockiert?

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat angekündigt, bei der Abstimmung im Tarifausschuß des Bundesarbeitsministeriums am 28. Mai werde der BDA-Vertreter gegen die Mindestlöhne für ausländische Beschäftigte stimmen. Der Tarifausschuß entscheidet über die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Blüms „Entsendegesetz“ sieht vor, daß dieser Mindestlohn nur dann wirksam wird, wenn der Tarifvertrag „allgemeinverbindlich“ erklärt wurde. Dem Ausschuß gehören 3 Arbeitgebervertreter an: 1 BDA-Vertreter, 1 Vertreter der Textilindustrie und 1 Vertreter von Gesamtmetall, sowie 3 Vertreter der Gewerkschaften. Einfache Mehrheit genügt für die Allgemeinverbindlichkeit. Das bedeutet, wenn sich die Vertreter von Gesamtmetall oder von Textil dem BDA nicht anschließen, könnte theoretisch sogar gegen den BDA der Bau-Mindestlohn gebilligt werden.

Keine Länderfusionen

Nach der klaren Ablehnung der Länderfusion von Berlin und Brandenburg bei der Volksabstimmung am 5. Mai in den beiden Ländern haben die Befürworter der Fusion und weiterer Fusionen („Nordstaat“, Fusion von Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen u.ä. Pläne) den Rückzug eingeleitet. Sowohl aus der SPD wie aus dem CDU-Bundesvorstand ist zu hören, die Bevölkerung wünsche keine „großen Verwaltungsgebiete“, sondern eine Beibehaltung der Länder.

Waigels Steuergesetz für die Reichen

Am 22. Mai will das Bundeskabinett den von Finanzminister Waigel ausgearbeiteten Entwurf eines sog. „Jahressteuergesetz 1997“ verabschieden und dem Bundestag und

Bundesrat zuleiten. Der Entwurf Waigels sieht u.a. die Abschaffung der Vermögenssteuer ab 1997 und eine drastische Anhebung der Freibeträge bei der Erbschaftssteuer rückwirkend ab 1.1.1996 vor. Bei letzterem beruft sich Waigel auf die vom Verfassungsgericht vorgeschriebene Neubewertung von Haus- und Grundbesitz (Verkehrswert statt der bislang zugrunde gelegte, erheblich niedrigere sog. „Einheitswert“). Unter diesem Vorwand soll auch die Vererbung von Prachtvillen künftig von der Erbschaftssteuer befreit werden. So will Waigel die Freibeträge für die Ehefrau auf von 250.000 DM steuerfreiem Erbe auf 1 Million DM, für Kinder von 90.000 DM auf 750.000 DM anheben. Eine Familie mit zwei Kindern könnte so Villen bis zu 2,5 Millionen DM Verkehrswert vererben, ohne einen einzigen Pfennig Erbschaftssteuer zu zahlen.

Steuereinnahmen rückläufig

Die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus Steuern waren im ersten Quartal entgegen den offiziellen Erwartungen rückläufig. Bei der letzten Steuerschätzung im Oktober 1995 war noch ein Anstieg der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden um 1% im Jahresdurchschnitt 1996 erwartet worden. Tatsächlich lagen die Steuereinnahmen im ersten Quartal um 2% unter den Einnahmen des Vorjahres. Die verlangte Einkommenssteuer (wegen der enormen Steuerbefreiungsmöglichkeiten für Großverdiener sowieso nur noch marginal) fiel erneut am stärksten: minus 14,8% gegenüber dem Vorjahr, Aufkommen 4,3 Mrd. DM. Im Oktober war noch ein Anstieg dieser Steuer um 40% erwartet worden. Auch die Lohnsteuer-Einnahmen waren rückläufig: minus 10,2%, vor allem wegen des steuerfreien Existenzminimums, auf 58,5 Mrd. DM.

Exportüberschuß steigt

Der Exportüberschuß deutscher Konzerne steigt weiter an. Nach den letzten Zahlen des Statistischen Bundesamtes erzielten deutsche Konzerne in den ersten beiden Monaten 1996 bereits wieder Exportüberschüsse von 14 Mrd. DM. Die gesamten Ausfuhren lagen mit 120,5 Milliarden DM um 5,9% höher als im Vorjahr.

Was kommt demnächst?

Vom 16. bis 18. Mai ist der türkische Regime-Chef Yilmaz zu Besuch in Bonn und Berlin. Am 22. Mai will das Kabinett über die Steuer-Gesetzesentwürfe im Rahmen des sog. „Sparpakets“ entscheiden, den von Waigel vorgelegten Entwurf des „Jahressteuergesetzes 1997“. Am selben Tag spricht Mandela im Bundestag. Am 23. Mai berät der Bundestag in erster Lesung über die Gesetzesentwürfe der Regierung zur Anhebung des Rentenalters und anderer Änderungen der Renten- und Arbeitslosengesetze (das sog. „Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz“) sowie abschließend über Gesetzesentwürfe zur Reform des Rentenstrafrechts. Am 28. Mai entscheidet der Tarifausschuß über die Mindestlöhne für ausländische Beschäftigte am Bau. Am 13. Juni beraten Ministerpräsidenten und Bundeskanzler u.a. über das geplante „Multimedia-Gesetz“.

Neues vom Schurkenstück aus der Heide

Einstellungs„angebot“ des Gerichts im Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) schon vor Prozeßbeginn

Das Verfahren gegen die „Autonome Antifa (M)“ in Göttingen entwickelt sich immer grotesker. Nachdem es ursprünglich einmal von den Strafverfolgungsbehörden hieß, die „Autonome Antifa (M)“ sei womöglich eine „terroristische Vereinigung“, sind die gleichen Behörden nun bereit, das Verfahren gegen Geldstrafen einzustellen. Das Gericht, das am 14. August gegen die 17 Angeklagten eigentlich die Verhandlung wegen Verdachts auf „kriminelle Vereinigung“ beginnen soll, hat diesem „Angebot“ der Staatsanwaltschaft bereits zugestimmt, wenngleich billiger. Hier eine Presseerklärung der „Autonomen Antifa (M)“ zu diesem Vorgang. (rül)

Am 2. Mai 1996 verfaßte das Landgericht Lüneburg eine „Presseerklärung zur Presseerklärung der Autonomen Antifa (M) vom 27.4.1996“. Darin heißt es:

1. Die Einstellung des Verfahrens gegen die 17 Angeklagten im Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129“ sei bei „Zahlung einer Geldauflage in der Größenordnung 2.000 - 3.000 DM pro Angeklagten denkbar“. Nach Adam Riese wären dies maximal 51.000 DM, also knapp die Hälfte der von der Generalstaatsanwaltschaft (GSA) Celle geforderten 100.000 DM.

Dies ist die erste konkrete Nennung eines Geldbetrages von Seiten des Gerichts. Damit zeigt sich, daß schon die Geldforderungen von GSA und Gericht auseinandergehen. Weil die GSA die millionenschweren fünfjährigen Anti-Antifa-Ermittlungen (13.929 abgehörte Telefonate, Videoüberwachungen von 143 verdächtigen Antifa-Mitgliedern, 30 Hausdurchsuchungen) der Öffentlichkeit verkaufen muß, wird sie immer daran interessiert sein, die Bedingungen für eine Einstellung des Verfahrens hochzuschrauben.

2. Die Geldsumme solle der Gedenk-

stätte Buchenwald zugute kommen. Auch dies ist neu. Zunächst hieß es, die Angeklagten mögen die von Nazis angerichteten Schäden eines KZ's bezahlen, was sich wohl auf die Zerstörung der einzigen original erhaltenen jüdischen Baracke der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen durch Neo-Nazis in der Nacht zum 26. September 1992 bezieht. Jetzt soll von den Angeklagten die geschichtsrevisionistische Umgestaltung der Gedenkstätte Buchenwald mitfinanziert werden.

3. Desweiteren sollen sich die Angeklagten „von der Organisation 'schwarzer Blöcke' distanzieren – auch in der Zukunft“. Das Gericht unterschlägt mit dieser Formulierung den wesentlichen Gehalt ihres Einstellungscoupons, der der Verteidigung übergeben wurde. Die Angeklagten sollen eine Selbstbezeichnung unterschreiben, um der Öffentlichkeit als reuige Kriminelle vorgeführt werden zu können („Auch ich habe als Angehöriger der 'Autonomen Antifaschisten (M)' an einem Teil dieser Demonstrationen in strafbarer Weise mitgewirkt“). Das Vorgehen des Gerichts erinnert an die AgitProp-Aktion der Autonomen Antifa (M) vom 2. Oktober 1991. Vor dem Demonstrationszug unter dem Motto „Kampf dem großdeutschen Normalzustand“ lief ein von zwei Polizisten eskortierter Demonstrant. Diesem ward ein Pappschild umgehängt mit der Aufschrift „Ich werde nie wieder gegen Faschismus demonstrieren“. Überflüssig zu erwähnen, daß auch diese Aktion von der GSA als kriminell eingestuft und angeklagt wurde.

Eine Distanzierung von der erfolgreichen antifaschistischen Politik in Südniedersachsen wird von der Autonomen Antifa (M) abgelehnt. Die Autonome Antifa (M) fordert die sofortige und bedingungslose Einstellung des Verfahrens.

gez. Autonome Antifa (M), 4. Mai 1996

Hanna Krabbe nach 21 Jahren frei



Hanna Krabbe, Gefangene aus der RAF, ist seit dem 10. Mai frei, nach über 21 Jahren Haft unter den Bedingungen der Einzel- und Kleingruppenisolation. Bis fast zum letzten Tag mußte um ihre Freilassung gekämpft werden, versuchte die Justiz, die Hürde der Freilassung durch das Anhörungsverfahren und v.a. ein psychiatrisches Zwangsgutachten so hoch zu setzen, daß Hanna Krabbe das Gefängnis weder nie oder als politisch gebrochener Mensch verläßt. Nur durch Solidarität vieler und öffentlicher Aufmerksamkeit konnte das verhindert werden. So kann die Freilassung von Hanna Krabbe zugleich ein wichtiger Schritt zur Freilassung aller anderen zu lebenslänglicher Haft verurteilten Gefangenen aus der RAF werden: Stefan Wisniewski (18 Jahre), Rolf Clomens Wagner und Rolf Heissler (17 Jahre), Sieglinde Hofmann (16 Jahre), Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz, Christian Klar (14 Jahre), Holmut Pohl (12 Jahre), Eva Hauke-Frimpong (10 Jahre). Bild: Hanna Krabbe wird nach ihrer Freilassung von Angehörigen, Freundinnen und Freunden vor dem Gefängnis begrüßt.

Vor den letzten Landtagswahlen hatten wir die Frage aufgeworfen (1), ob sich bei den Wahlen mehr als 5% der Abstimmenden für ein von der FDP selbst als Erneuerungskurs bezeichnetes Programm gewinnen lassen würden. Dieser Fall ist leider eingetreten.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wählerstichprobe aus Baden-Württemberg (andere Bundesländer liegen noch nicht vor) zeigen, aus welchen Altersgruppen die Stimmengewinne der F.D.P. hauptsächlich kommen (vgl. Tabelle).

Grundsätzlich hat die F.D.P. in allen Altersgruppen gewonnen, wobei der Abweichungen zwischen Männern und Frauen eher unauffällig sind. 62,5% aller F.D.P.-Wähler sind über 45 Jahre alt, aber nur 52% der Wahlberechtigten. 71% aller F.D.P.-Gewinne kommen aus dieser Altersgruppe. 23% aller Wahlberechtigten sind Männer über 60. Der Anteil dieser Altersgruppe an den F.D.P.-Wählern beträgt hingegen 29,9%, und 35,1% aller Gewinne wurden in dieser Gruppe erzielt.

Das strategische Konzept der F.D.P. bestand darin, die Klassifizierung als „Partei der Besserverdienenden“ nicht länger als Schimpfwort zu interpretieren, sondern den Vermögenden und gut Situierten konkrete Versprechungen zu machen. Dies ist einstweilen aufgegangen. Die Umsetzung dieser Versprechungen würde die Erzeugung gesellschaftlichen Elends in bisher nicht dagewesenem Maße bedeuten.

Neues Grundsatzprogramm

Programmatisch hat die F.D.P. ihre diesbezüglichen Vorstellungen in dem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm (2) niedergelegt, der im Februar 1996 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Das Programm steht unter dem Motto „Von der Gefälligkeitsdemokratie zur Verantwortungsgesellschaft“:

„Deutschland hat sich zur Gefälligkeitsdemokratie entwickelt. Die Politik hat den Menschen immer mehr Risiken abgenommen und jedes Problem für lösbar erklärt. ... In der Gefälligkeitsdemokratie kommt es nicht mehr darauf an, ob eine Entscheidung gut oder schlecht ist, sondern nur noch darauf, ob sie ankommt oder nicht. ... Unser Wohlstand der Gegenwart wird mit immer neuen Hypothesen auf die Zukunft finanziert. 2.000 Mrd. DM Staatsver-

schuldung sind ein Skandal unserer Gefälligkeitsdemokratie, der der nächsten Generation nicht länger zugemutet werden darf. Die gesetzlichen Sozialsysteme sind derzeit Verträge zu Lasten künftiger Generationen.

Sie nehmen den Bürgern den Freiraum für eigenverantwortliche Zukunftssicherung und sind heute schon kaum noch finanzierbar. ...

Wer dem Staat immer mehr Aufgaben aufbürdet, nimmt Steuererhöhungen und Verschuldung zur Finanzierung

dieser zusätzlichen Aufgaben in Kauf. Wer über steigende Steuern klagt, darf nicht gleichzeitig nach immer neuen Wohltaten rufen.“

In einem Maßnahmenkatalog gegen die „Gefälligkeitsdemokratie“ findet sich als Forderung die radikale Senkung der Staatsquote auf ein Drittel (heute bei ca. 50%),

Steuern dürfen nur noch mit 2/3-Mehrheit des Parlamentes eingeführt werden, die Gesamtbelastung der Bürger durch Steuern und Abgaben soll 1/3 des Einkommens nicht übersteigen (!) und schließlich ein Privatisierungsgebot für alle staatlich erledigten Aufgaben, soweit wirtschaftlich sinnvoll und politisch vertretbar.

Die F.D.P. will die heute bestehenden 153 Sozialleistungen mitsamt der 37 zuständigen Ämter abschaffen und durch eine Behörde – das Finanzamt – ersetzen: „Das Finanzamt zahlt zielgenauer an die sozial Schwachen ein „Bürgergeld“ oder zieht die Steuer nach der Leistungsfähigkeit des Bürgers ein.“ Die Idee dabei ist, alle, die weder Vermögen noch ausreichendes Arbeitseinkommen haben, auf ein noch weiter zu senkendes Mindestniveau zu drücken und so gleichzeitig neue „Arbeitsplätze“ zu



Weg von der „Gefälligkeitsdemokratie“, hin zur „Verantwortungsgesellschaft“. Der kommende F.D.P.-Parteitag im Juni soll ein neues Grundsatzprogramm beschließen.

schaffen: „Als Anreiz für die Aufnahme regulärer Erwerbsarbeit wird vom Arbeitseinkommen nur ein Teil für den Bürgergeldanspruch angerechnet. So lohnt sich dann Arbeit auch im Niedriglohnbereich, wo produktivitätsorientierte Entlohnung nicht einmal das Existenzminimum sichern würde und wird für die Betriebe bezahlbar.“ So kann man Zwangsarbeit auch umschreiben. Im „Niedriglohnbereich“ ist dann nämlich nur noch existenzfähig, wer das nicht zum Leben reichende „Bürgergeld“ durch ein Arbeitseinkommen („produktivitätsorientiert – bezahlbar – nicht existenzsichernd“) aufstockt. Die Realisierung dieses Programmpunktes würde alle noch bestehenden Elemente einer sozialen Solidargemeinschaft vom Arm und Reich in der Gesellschaft beseitigen.

In ähnlicher Weise werden die sozialen und solidarischen Bestandteile im Verhältnis zwischen den Generationen angegriffen: „Für einen verlässlichen Generationenvertrag brauchen wir ein generelles Umdenken. Die gesetzlichen Sozialversicherungen alleine werden in Zukunft soziale Sicherheit nicht mehr gewährleisten. ... Trotz steigender Beiträge für die Gesetzliche Rentenver-

sicherung nimmt ihre Leistungsfähigkeit beständig ab. Immer höhere Beitragslasten entziehen der Kapitalbildung im Dienst der eigenverantwortlichen Altersfürsorge die finanzielle Grundlage.“ Ein ähnliches Programm besteht hinsichtlich der gesetzlichen Krankenversicherungen.

Das Motto der F.D.P.: „Hände weg von unserem Reichtum!“

Man erkennt jetzt besser, warum die F.D.P. gerade in der Altersgruppe über 45 hohe Stimmengewinne verbuchen kann. Zunächst verwundert, warum sich die F.D.P. über die mangelnde Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Sozialversicherungen aufregt. Die überwiegende Mehrheit der F.D.P.-Wähler ist weder gesetzlich rentenversichert noch Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse. Als langjähriges Mitglied einer privaten Krankenversicherung hat man als Freiberufler oder außertariflicher Angestellter seine Altersversorgung in Immobilien und Lebensversicherungen angelegt. Die nicht ganz unbegründete Angst der Vermögenden besteht nun darin, daß sie einerseits für die Finanzierung sozialer Errungenschaften über die Steuer zur Kasse gebeten werden und andererseits ihre Altersversorgung, die nicht in einem gesetzlichen Anspruch sondern in einer Kapitalanlage besteht, entwertet wird.

Die Höhe der Rente aus einer kapitalbildenden Lebensversicherung hängt neben den eingezahlten Beiträgen wesentlich von der Gewinnbeteiligung also von der Kapitalrendite und Grundrente ab. Die privaten Lebensversicherungs- und Krankenversicherungsunternehmen haben gigantische Kapitalmengen als Sparanteile der Lebensversicherung und Altersrückstellung bei den Krankenversicherungen aufgeschätzt (in der Größenordnung von 1.000 Mrd., also einer Billion DM). Das Kapital ist zum großen Teil in Immobilien und Rentenpapieren (z.B. Bundesschatzbriefe) angelegt. Dadurch ist die Höhe der privaten Altersversorgung direkt von Unternehmensgewinnen, Miethöhen und dem Zustand der Staatsfinanzen abhängig geworden. Die F.D.P. will die Sicherung der privaten Alters- und Krankenversorgung zu Lasten der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme durchsetzen.

Soziales Denken und Solidarität im öffentlichen Leben soll einem Verteilungskampf weichen, dessen Protagonisten das Sterben vieler Menschen in Elend und Armut für einen vermuteten eigenen Vorteil billigend in Kauf nehmen. Im Entwurf des Grundsatzprogramms versucht sich die F.D.P. denn auch mit Propagierung einer Lebenssicht, die Restbestände von schlechtem Gewissen oder Angst nehmen soll:

„Die Liberalen setzen zuerst auf freiwilliges Engagement, auf freiwilligen Verzicht, auf Teilen statt Zutellen. Nur wer etwas hat, kann etwas verschenken, kann verzichten und teilen. Nur wer über sein Leben selbst bestimmt, kann sich bewußt und frei für andere einsetzen. Wir müssen den Menschen die Möglichkeit zurückgeben, in diesem Sinne sozial zu handeln und in diesem Handeln den Sinn des Lebens zu erfahren.“

Es wäre an der Zeit, die F.D.P. statt anderer Vereinigungen und Parteien durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen und der Öffentlichkeit entsprechend zu berichten. Es ist nämlich äußerst fraglich, wie der zitierte Passus in Einklang mit Art. 15, Abs. 2 des Grundgesetzes zu bringen ist, in dem es heißt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ (toh)

Quellen: (1) Politische Berichte Nr. 2/00

(2) Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der F.D.P., Bonn, Februar 1996.

Gewinne der FDP bei den Landtagswahlen Baden-Württemberg 1996 im Vergleich zu 1992

	Stimmen 92	Stimmen 96	Gewinn 96	96 in % 92	Anteil 1	% Gewinn 2	Wähler 3	Wahlber. 4
Männer	112.100	198.600	86.500	177,2	49,2	50,8	48,8	47,2
18-24 Jahre	9.100	14.000	4.900	153,8	3,5	2,9	3,5	4,0
25-34 Jahre	18.500	30.000	11.500	162,2	7,4	6,8	9,0	10,5
35-44 Jahre	23.500	33.800	10.300	143,8	8,4	6,1	9,8	9,8
45-59 Jahre	38.300	67.900	29.600	177,3	16,8	17,4	13,5	11,8
über 60 Jahre	22.700	52.900	30.200	233,0	13,1	17,7	13,0	11,2
Frauen	121.000	204.700	83.700	169,2	50,8	49,2	51,2	52,8
18-24 Jahre	8.500	11.300	2.800	132,9	2,8	1,6	3,1	4,0
25-34 Jahre	19.200	28.500	9.300	148,4	7,1	5,5	8,7	10,3
35-44 Jahre	23.400	33.800	10.400	144,4	8,4	6,1	9,4	9,4
45-59 Jahre	37.800	68.000	30.200	179,9	16,9	17,7	13,2	12,0
über 60 Jahre	32.100	63.100	31.000	196,6	15,6	18,2	16,8	17,0
alle	233.100	403.300	170.200	173,0	100,0	100,0	100,0	100,0
18-24 Jahre	17.600	25.300	7.700	143,8	6,3	4,5	6,5	8,0
25-34 Jahre	37.700	58.500	20.800	155,2	14,5	12,2	17,7	20,8
35-44 Jahre	46.900	67.600	20.700	144,1	16,8	12,2	19,2	19,2
45-59 Jahre	76.100	135.900	59.800	178,6	33,7	35,1	26,7	23,8
über 60 Jahre	54.800	116.000	61.200	211,7	28,8	36,0	29,9	28,2

Quelle: Eildienst des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg vom 6.5.1996.

Anmerkung: Die Stimmzahlen weichen vom amtlichen Endergebnis ab, weil sie aufgrund der repräsentativen Wählerstichprobe hochgerechnet wurden und die Briefwahl nicht berücksichtigen.

<1> Prozentanteil der einzelnen Gruppe an der Gesamtstimmzahl der FDP

<2> Prozentanteil der einzelnen Gruppe am gesamten Gewinn im Vergleich zu 1992

<3> Prozentanteil der einzelnen Gruppe an allen abgegebenen Stimmen.

<4> Prozentanteil der einzelnen Gruppe an allen Wahlberechtigten.

Eine „mächtige Protestwelle“ hat DGB-Chef Schulte gegen die Pläne der Bundesregierung zur Senkung des Rentenniveaus und Anhebung des Rentenalters, zum Abbau der Lohnfortzahlung usw. angekündigt. Tatsächlich haben sich bereits in den letzten Tagen tausende von Lohnabhängigen an den ersten Protestaktionen beteiligt. Die Forderungen, für die die Gewerkschaften dabei antreten, sind aber zum Teil noch auffällig vage. Die hier in größeren Auszügen dokumentierte „Sozialcharta“, von DGB und Wohlfahrtsverbänden wenige Tage vor Beginn der Aktionen in Köln verabschiedet, dokumentiert diese Schwächen. Sie enthält viele Ansatzpunkte, auf die sich der Widerstand beziehen kann (z.B. die Forderung nach Mindestsicherungen), aber zugleich keine klaren Positionen gegen die Anhebung des Rentenalters und die Senkung der Renten, keine Schranken gegen Nacht- und Sonntagsarbeit. (rül)

(...) DGB, Gewerkschaften und die Sozial- und Wohlfahrtsverbände legen in Kontakt mit den Kirchen in dieser Charta ihre Vorschläge zur Entwicklung des Sozialstaats vor. Sie laden Bund, Länder und Kommunen, Arbeitgeberverbände sowie Jugendorganisationen und Bürgerinitiativen ein, über diese Vorschläge zu sprechen und gemeinsam zu verabreden, wie sie realisiert werden können. (...)

Arbeitsplätze schaffen, mehr Arbeitsplätze durch Umweltschutz

Eine menschenwürdige Gesellschaft muß am Ziel festhalten, für alle, die arbeiten wollen, Erwerbsarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. (...) Ein ökologisch orientiertes Steuersystem muß zur Schonung der natürlichen Ressourcen und zur Kostenentlastung des Faktors Arbeit beitragen. Innovation und Investitionen in umweltverträgliche Produkte und Dienstleistungen, in den Umweltschutz und die umweltschonende Daseinsvorsorge eröffnen neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Ökologisches Umsteuern heißt, internationale Wettbewerbsfähigkeit mit der Lösung der globalen Umweltkrise und der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit zu verbinden. (...) Der aktuelle Vorschlag der Gewerkschaften heißt: Überstunden abbauen und mit Freizeit abzugelten, Arbeitszeitkonten einzurichten, mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen. Dadurch wird die Flexibilität vergrößert und der Aufbau von Arbeitsplätzen erreicht.

Die Gewerkschaften stehen zu ihrem

Angebot: Wenn betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen und Beschäftigungsaufbau vereinbart werden, kann auf einen realen Anstieg der Erwerbseinkommen teilweise verzichtet werden. Das verlangt aber auch politische Initiativen, um die Verteilung von Einkommen und Vermögen gerechter zu gestalten und die wirtschaftliche Lei-

„Sozialcharta“

Aus der Erklärung des „Sozialgipfels“ von DGB und Wohlfahrtsverbänden am 7./8. Mai

stungsfähigkeit bei der Steuerbelastung stärker zu berücksichtigen. (...)

Soziale Gerechtigkeit herstellen und Armut bekämpfen.

Es ist ein Skandal, wenn für eine Million Kinder der erste Schritt ins Leben vom Sozialamt begleitet werden muß. Es ist unerträglich, wenn alleinstehende Frauen und kinderreiche Familien ins soziale Abseits gedrängt werden. (...) Bürgerinnen und Bürger bei Krankheit, Behinderung, Arbeitslosigkeit und im Alter ein menschenwürdiges Leben zu sichern, ist der Kern unseres Sozialstaates. Armut und Sozialstaatsgebot lassen sich nicht vereinbaren.

Ein wesentliches Ziel muß es sein, Armut zu verhindern. Dazu muß das Leistungsniveau der Sozialversicherung erhalten bleiben, vorhandene Sicherungslücken müssen geschlossen werden. Wir treten für die Lohn- und Beitragsbezogenheit der sozialen Sicherungssysteme ein. Um Armut zu verhindern, sollte in die jeweiligen Systeme eine steuerfinanzierte, bedarfsorientierte Mindestsicherung integriert werden. Notwendig ist ferner eine gezielte, kinderorientierte Verbesserung des Familienlastenausgleichs sowie eine ausreichende Zahl qualifizierter Einrichtungen zur Kinderbetreuung. (...)

Sozialsysteme weiterentwickeln

(...) Die beste Politik zur Sicherung der sozialen Systeme ist die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Dies enthebt uns nicht von der Verantwortung, schon jetzt die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähiger zu machen, vor allem, um Lösungen für die große Zahl der Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger zu finden. Die Instrumente einer aktiven Arbeitsmarktpolitik

müssen verbessert und genutzt werden.

Um die – insbesondere finanziellen – Probleme zu bewältigen, müssen die Leistungen der Sozialversicherung sach- und systemgerechter finanziert und zielgerichteter ausgestaltet werden. Das Solidarprinzip muß erhalten und gestärkt werden, indem Beitragsbemessungsgrenzen deutlich angehoben

ben und alle Formen rechtlich und faktisch abhängiger Beschäftigung in die Sozialversicherungspflicht einbezogen werden.

Versicherungsfremde, aber politisch gewollte Leistungen der sozialen Sicherungssysteme müssen durch steuerfinanzierte Zuschüsse des Bundes abgedeckt werden. (...)

Wir verschließen uns nicht, steuerfinanzierte soziale Leistungen unter dem Prinzip der Bedarfs- und der Einkommensorientierung neu zu durchdenken, zum Beispiel beim Kindergeld oder beim Ehegattensplitting. Hier kann über Umschichtungen in der effektiven Leistungshöhe, orientiert an der individuellen Einkommenssituation und am Bedarf, nachgedacht werden.

Lebensqualität verbessern

Der Sozialstaat trägt die Verantwortung für annähernd gleiche Lebensbedingungen in allen Regionen Deutschlands. Wir sprechen uns für eine zielgerichtete und effiziente Fortsetzung der Förderung Ostdeutschlands solange aus, bis die besonders gravierenden Probleme in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer gelöst sind. Aber auch in vielen Regionen Westdeutschlands muß durch eine aktive Struktur- und Arbeitsmarktpolitik der wirtschaftliche und soziale Wandel gefördert werden.

Für menschenwürdige Lebensverhältnisse sind angemessener und bezahlbarer Wohnraum und gleiche Bildungschancen unverzichtbare Voraussetzungen. Den besonderen Bedürfnissen von Alten, Behinderten und Kinderreichen ist Rechnung zu tragen.

(...) Öffentliche Dienste und freie gemeinnützige Wohlfahrtspflege gewährleisten die Qualität staatlicher Leistungen. Wer den Sozialstaat weiterent-

wickeln will, muß vor allem die Innovationskraft und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der freien gemeinnützigen Wohlfahrtspflege fördern und moderne Organisationsformen und eine beteiligungsorientierte Arbeitsorganisation schaffen. (...)

Beteiligung und Verantwortung fördern

Die Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Ordnung beweist sich auch darin, inwieweit sie in der Lage ist, den gesellschaftlichen Umbruchprozeß sozialverantwortlich und demokratisch zu gestalten. Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte sind unverzichtbare Voraussetzungen für die Wahrnehmung politischer Bürgerrechte im Arbeitsleben und in der Gesellschaft. (...)

Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie, die Anerkennung der Rechte der Religionsgemeinschaften sowie der unbedingte Vorrang der freien gemeinnützigen Wohlfahrtspflege gehören zur Substanz unseres Sozialstaats. (...)

Unsere Aufgaben:

(...) Wir sind bereit, die Entwicklung des Sozialstaats mitzugestalten, auch wenn dies Einschnitte fordert. Allerdings nur dann, wenn Solidarität und Gerechtigkeit in der Lastenverteilung gewahrt bzw. wiederhergestellt werden. Wir sind aber auch in der Lage und entschlossen, Widerstand zu leisten und zu organisieren gegen den Abbau des Sozialstaats zu Lasten derer, die seiner bedürfen, gegen die Vergrößerung sozialer Ungerechtigkeit und gegen die einseitige Belastung der Arbeitnehmer- und Arbeitslosenhaushalte.

Deshalb kommt es darauf an, die Sozialstaatsdiskussion zu führen, sie in alle Regionen zu tragen und die Zusammenarbeit für den Erhalt und die Entwicklung des Sozialstaates voranzubringen. Das „Bündnis für Arbeit“ ist dafür Anlaß und Ausgangspunkt. (...)

Köln, den 8.5.96

gez. Deutscher Gewerkschaftsbund,
Bundesvorstand
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
Diakonisches Werk der EKD e.V.
Deutscher Caritasverband e.V.
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Rentner Deutschland e.V.
Zentralwohlfahrtsverband der Juden in Deutschland e.V.

Das „Aktionsbündnis gegen Sozialleistungskürzungen“ zum Sozialgipfel

Das „Aktionsbündnis gegen Sozialleistungskürzungen“, ein Zusammenschluß von bundesweit organisierten Interessenvertretungen von Erwerbslosen, SozialhilfebezieherInnen und Armen, nahm zum „Sozialgipfel“ wie folgt Stellung:

Am 7. und 8. Mai veranstaltet der DGB unter Beteiligung der Spitzen der katholischen und evangelischen Kirche einen „Sozialgipfel“ in Köln. Dort soll eine „Sozialcharta“ verabschiedet werden, die erarbeitet wurde, ohne daß wir als bundesweite Zusammenschlüsse von Initiativen und Organisationen von SozialhilfebezieherInnen, Erwerbslosen und Armen dazu vorher gefragt wurden.

Gewerkschaftsvorstände, Kirchen und Wohlfahrtsverbände wollen auf ihrem „Sozialgipfel“ einen „tragfähigen Sozialstaatskonsens“ finden, wie es in der Einladung heißt. Zu diesem Zweck

habe sie Minister und Konzernmanager eingeladen, und die von Kürzungen Betroffenen bleiben draußen vor.

Die Wünsche von Henkel, Stihl, Späth und der Bundesregierung, das bestehende Sozialleistungssystem und das Lohnniveau zu schleifen, werden immer aggressiver. Jeder Konsens mit den Arbeitsplatzvernichtern und Sozialabbauern geht zu unseren Lasten. Der Sinn eines Sozialgipfels kann für uns nur darin bestehen, eine breite gesellschaftliche Mobilisierung gegen Sozialleistungskürzungen zu fördern.

Wir brauchen einen Konsens, und zwar zwischen den „großen gesellschaftlichen Gruppen“ der Erwerbstätigen und Arbeitslosen gegen Sozialleistungs- und Lohnkürzungen. Wir brauchen keinen Konsens mit den „kleinen gesellschaftlichen Gruppen“ von Managern und Ministern über die Höhe von Sozialleistungskürzungen.

Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion unter Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Armen, um gemeinsam eine Sozialpolitik in unse-

rem Interesse durchzusetzen.

Wir brauchen entsprechende Organisationsformen und Aufklärung, und zwar in Form von möglichst zahlreichen Aktionen und Demonstrationen gegen Sozialleistungskürzungen. Wir brauchen Sozialgipfel auf der Straße. Unser erster Sozialgipfel hat am 4. November 1995 als Demonstration in Bonn stattgefunden.

Wir brauchen sozialen Frieden unter Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Armen. Wir brauchen keine Hetze von Ministern und Managern gegen Arbeiter als Faulenzer und Besitzstandsegoisten und gegen Arbeitslose als Sozial-schmarotzer. Unternehmerverbände und Bundesregierung haben den sozialen Frieden mit uns aufgekündigt. Sie betrachten uns als lästige Kostenfaktoren. Wer angesichts „tiefer Einschnitte“ in unser bißchen Lebensstandard noch einen Konsens mit den Sozialabbauern aufrechterhalten will, der fördert Sozialabbau. Unsere Zukunft kann nicht in Kanzlerrunden gesichert werden. Wir müssen unsere Zukunft

selber sichern. Wir brauchen die größtmögliche Einigkeit unter uns.

Wer immer uns dabei helfen will, ist unser Bündnispartner.

Wir brauchen eine soziale Grundversicherung. Wir sehen nicht ein, daß sich auf der einen Seite Berge von Reichtümern aufbauen, die wir miterarbeiten haben, und auf der anderen Seite immer nur gekürzt wird. Nicht bei der arbeitenden Bevölkerung, den Arbeitslosen und Armen muß gespart werden, sondern bei den Reichen.

Wir rufen auf, in allen Städten und Regionen gesellschaftliche Bündnisse gegen Sozialabbau zu bilden!

Frankfurt, 6.5.96

gez. Arbeitslosenverband Deutschland
BAG der Sozialhilfeinitiativen
BAG der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut
BAG Soziale Brennpunkte
Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen
Kontakt über: BAG Soziale Brennpunkte, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt, Tel. 069-250038, Fax 069-235584

Zeitungsstreik in Detroit

Neun Monate Streik – Produktion mit Streikbrechern – Anzeigen- und Vertriebsboykott

Seit neun Monaten streikten Drucker und Journalisten der beiden Detroit-Tageszeitungen „Free Press“ und „Detroit News“. Es geht nicht ums Geld, es geht um die Zukunft der Gewerkschaften und letztlich um Macht.

Detroit im April: John Martina steht am Hintereingang der Detroit News und friert. Eben haben der 59-jährige Drucker und etwa 15 Kollegen aus fünf anderen Gewerkschaften mit einer Menschenkette die Lieferung neuer Computer für die Zeitung verhindert. Der Lastwagenfahrer mußte im Schneetreiben unverrichteter Dinge wieder abziehen. Ein kleiner Erfolg: „Seit neun Monaten stehen wir hier als Streikposten, mal morgens, mal abends, mal mitten in der Nacht. Wir haben eine Telefonkette.“ Bislang aber haben die Verlage nicht eingelenkt.

Nicht die Streikposten, ein Anzeigen- und Vertriebsboykott ist die schärfste Waffe der Gewerkschaften in diesem längsten Streik der jüngeren US-Zeitungsgeschichte. 2500 der 3300 Angestellten der Zeitungen „Detroit Free Press“ und „Detroit News“ gingen am 13. Juli 1995 in den Ausstand. Kirchen, sympathisierende Politiker und die anderen Gewerkschaften riefen zum Boykott der Zeitungen auf. Ladenbesitzer in der Gewerkschaftshochburg Detroit stornierten ihre Anzeigen. Die beiden Zeitungen mußten kurzfristig 50 Prozent weniger Anzeigeneinnahmen hinnehmen und vierzig Prozent weniger Auflage.

Weil die Zeitungen aber nicht nur eine gemeinsame Vertriebsstruktur, sondern auch Großverlage im Rücken haben, gingen sie nicht in die Knie. 95 Millionen Dollar Verluste weist die gemeinsame Geschäftsführung für 1995 aus. Zu wenig, um die Verlagsriesen Gannett und Knight-Ridder zu Konzessionen zu zwingen. Der Gannett Verlag, dem neben der Detroit News auch USA Today, 15 Fernsehsender, Radiostationen und Provinzzeitungen gehören, hat sogar

steigende Gewinne für das erste Quartal 1996 vermeldet – trotz anhaltender Verluste in Detroit. Knight-Ridder, die zweitgrößte US-Zeitungskette und Eigentümerin der Free Press und des Miami Herald, meldet zwar zurückgehende Gewinne, aber immer noch Gewinne.

Auf den Streik und den Boykott reagierten die Unternehmen knallhart. 1.400 Ersatzkräfte haben die Verlage nach einigen Wochen angestellt – permanent, wie es aus der Geschäftsführung heißt. „Einige der Streikenden werden wir wieder einstellen, aber die große Mehrzahl sicher nicht“, ist sich der Zeitungsmanager Alan Lenhoff sicher. Das ist genau das strategische Problem, mit dem sich John Lippert herumplagt. Der bullige 42-jährige hat vor dem Streik für die „Free Press“ über Gewerkschaften und Betriebe berichtet. Jetzt ist er Vorsitzender der lokalen Journalistengewerkschaft Writers Guild.

Im Stammlokal der Journalisten rechnet er vor: „Die haben im Streik bis jetzt 250 Millionen Dollar verloren, die gesamte Lohnsumme beider Zeitungen aber beträgt nur 140 Millionen Dollar im Jahr.“ Letztlich gehe es gar nicht um Geld, nicht mal um Arbeitsplatzsicherheit. „Es geht um die Philosophie, um Macht“, so Lippert.

Die Verlage hatten im Laufe der Tarifverhandlungen im Frühjahr 1995 angekündigt, einen parallelen Vertrieb mit nicht gewerkschaftlich organisierten Subunternehmen aufzubauen. Weitere Auslagerungen sollten auch ohne Zu-

stimmung der Gewerkschaften folgen. Außerdem wollten die Unternehmen die Gewerkschaftsbeiträge nicht weiter einziehen. „Die wollten uns entmannen“, so Lippert.

Als am 13. Juli nach einem letzten Vermittlungsversuch von Detroit's Bürgermeister Dennis Archer dann sechs der elf Gewerkschaften in den Unternehmen in den Streik traten und 2500 der 3300 Beschäftigten die Arbeit verweigerten, hatten sich die Verlage gut vor-



bereitet. „Die hatten 800 Sicherheitskräfte geheuert, um den Zugang zu ihren Gebäuden zu sichern.“ Außerdem wurden schnell aus anderen Verlagsunternehmen Hilfskräfte eingeflogen. So erschienen die Zeitungen trotzdem. Eine Überraschung für die Gewerkschaften, so Lippert. Das hätte verhindert werden müssen, meinen heute andere Gewerkschaftler, notfalls mit zivilem Ungehorsam.

Nach neun Monaten Arbeitskampf setzen Gewerkschaften und Verlag auf die Abstimmung mit den Füßen. Lokal-

politiker und ein katholischer Bischof wurden als Streikposten festgenommen. Kardinal Adam Maida verurteilte die Einstellung der Streikbrecher als „unmoralisch“. Die Sonntagszeitung der Streikenden verkauft 300 000 Exemplare, melden die Gewerkschaftler.

Die Hälfte der streikenden Journalisten seien an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt, kontert Lenhoff. „Und wir haben 80 Prozent des Anzeigenvolumens wieder erreicht. Die Auflage ist wieder auf 600 000 Exemplare geklettert.“ Vor dem Streik waren es über 800 000. Der Arbeitskampf ist in der Sackgasse. Auch Lippert sieht, daß ohne Einigung die Streikfront weiter bröckeln wird, eine Einigung zu den Bedingungen des Verlages die Streikenden aber den Job kosten würde. Andererseits werden die Zeitungen ohne gütliche Einigung anhaltend Verluste machen. Lippert setzt darauf, daß bei den Unternehmen endlich die ökonomische Vernunft Oberhand gewinnt. „Die müssen einfach einsehen, daß es billiger ist, Frieden zu haben als Krieg zu führen. Nur gemeinsam kommen wir aus dem Schlamassel wieder heraus.“ Wenn aber alle Stricke reißen, müsse eben der National Labour Relation Board, eine Art staatliche Schlichterkommission, die Zeitungen zum Einlenken zwingen. Streikende müßten wieder eingestellt, Löhne nachgezahlt werden. Der Board hat sich zwar schon im Sinne der Gewerkschaften geäußert. Doch das Verfahren kann Jahre dauern. Einstweilen fährt am Hintereingang der Detroit News der Lastwagen wieder vor. Diesmal mit Polizeiverstärkung. Vier Streifenwagenbesatzungen sorgen für eine halbwegs reibungslose Zufahrt. Einsatzleiter Bedient erklärt: „Wir sind hier, um die Stadt zu schützen.“

Hermann-Josef Tenhagen

aus: M, Menschen machen Medien, Zeitung der IG Medien, Mai 96, nachgedruckt mit freundlicher Genehmigung der Redaktion

Zusammenarbeit der Balkanstaaten

Ihre Losung: „Der Balkan den Balkanvölkern“

Mit dem Abkommen von Dayton haben sich vor allem die USA und die führenden Staaten in der EU ein Instrument gegeben, um über die weitere Entwicklung auf dem Balkan ein gewichtiges Wort mitzureden. Die zentrale Leitung hat der Norweger Carl Bildt. Er hat Entscheidungsvollmacht in allen zivilen Fragen und das Recht, sich über die Einwände der Muslimisch-Kroatischen Föderation und der Republik der bosnischen Serben hinwegzusetzen. Mit dem Einsatz einer internationalen Streitmacht, bestehend aus Militär und Polizeieinheiten unter Aufsicht eines Exil-Jugoslawen, haben EU und USA unmittelbare Einflußgewalt auf die innerbosnische Entwicklung. (Siehe Politische Berichte 8/96 S. 6/7)

Diese Entwicklung wird aber von einigen Balkanstaaten nicht widerspruchsfrei hingenommen. Unter der alten kommunistischen Losung „Der Balkan den Balkanvölkern“ versuchen vor allem Griechenland, Bulgarien und die BR Jugoslawien (BRJ), durch regionale Kooperation den auswärtigen Einfluß zurückzudrängen.

Goran Percevic, Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses des Parlaments der BRJ, faßte jüngst die Eckpunkte einer solchen Zusammenarbeit zusammen:

„Die Politik der gutnachbarschaftli-

chen Beziehungen, der Zusammenarbeit und der Verbindungen zwischen den Balkanstaaten stellt die beste Antwort auf den Versuch der Umwandlung des Balkans in eine Zone kleiner, nationalistischer, gegenseitig entgegengesetzter Marionettenstaaten dar, die in ständigem Konflikt wären und die als solche eine leichte Beute für fremde militärische und wirtschaftliche Vormachtstellungen sein würden. Die Völker und Staaten des Balkans stehen vor der Wahl – sich einer solchen Gegenwart zu überlassen oder der Bauherr einer eigenen, besseren Zukunft zu werden. Wir sehen die Zukunft des Balkans in einer Solidarität, Zusammenarbeit und im Zusammenschluß unserer Völker und Staaten.“

Die Kräftigung der Linken auf dem Balkan ist ein Ausdruck des Bewußtseins der Menschen und Völker, daß wir einzig in Zusammenarbeit und Verbindung, aufgrund der gegenseitigen Achtung und Gleichberechtigung eine bessere Zukunft für uns alle schaffen können.“

Zur Umsetzung solcher hehren Ziele fanden seit Anfang 1996 verschiedene Treffen statt. Nach einigen bilateralen Treffen zwischen Bulgarien, der BRJ und Griechenland folgte im vergangenen Monat eine Tagung über die regionale Sicherheit und den Wiederaufbau

auf dem Balkan. Auf dem Treffen schlug der griechische Außenminister Pangalos vor, daß die Balkanländer eine Organisation ähnlich dem Nordischen Rat (Pangalos schlug den Titel Balkanrat vor) gründen. Ziel ist es, einen regionalen Wirtschaftsrat ähnlich der CEFTA zu bilden. Ein Thema der Tagung war dann schließlich auch das Problem des auswärtigen Einflusses auf dem Balkan. Die Teilnehmer gingen von einer Kontroverse zwischen der EU und den USA über die Fragen der politischen und wirtschaftlichen Dominanz auf dem Balkan aus. Die amerikanische „Einschleusung“, manche Teilnehmer sagten auch „Landung“, auf dem Balkan sei das unmittelbare Resultat der Konflikte und widersprüchlichen Interessen auf dem Balkan sowie anderer Spannungen, vor allem zwischen Griechenland und der Türkei, sowie der Ohnmacht der Europäischen Union.

Trotz einer solchen Analyse und des Versuchs, an der fortschrittlichen Losung „Der Balkan den Balkanvölkern“ anzuknüpfen, ist ein vorrangiges Ziel der Balkanstaaten, Mitglied der EU zu werden. Dabei sind zwei Überlegungen maßgebend. Zum einen sehen die Balkanstaaten in einer gestärkten EU einen ausreichenden Schutz gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Interessen einer Weltmacht USA. Zum ande-

ren sehen sie in ihrem Zusammenschluß auch die einzige Möglichkeit, innerhalb der EU ihre Interessen wahrzunehmen. Griechenland rechnet sich bei den Annäherungsversuchen der Staaten des ehemaligen Jugoslawien an die EU eine Vorreiterrolle aus.

In einem Interview für Radio Belgrad meinte der Direktor des Instituts für Internationale Studien in Athen, Dimitrios Konstas, daß Griechenland das einzige Balkanland sei, das in der strategischen Lage ist, die Interessen der Balkanstaaten innerhalb der EU zu Gehör zu bringen. Natürlich nicht alleine, sondern unter der Voraussetzung einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Griechenland und der BRJ. Er schlägt die Schaffung einer Achse Athen-Belgrad vor, die dann noch durch Hinzutreten von Bulgarien und Rumänien verstärkt werden soll.

Die Position Griechenlands ist dabei keineswegs uneigennützig. Ganz offensichtlich soll hier ein Bündnis gegen die Machtinteressen der Türkei geschmiedet werden. Diese versucht ja bekanntlich schon länger, über den muslimischen Teil Bosniens eine strategische Ausgangsbasis zu erlangen, um ebenfalls bei der Neuauftellung des Balkans ihren Teil abzubekommen. (hav)

Quelle: Serbien Nr. 4/96, Auslandszeitschrift der BR Jugoslawien

Frieden jetzt sofort! Die türkische Friedensbewegung erstarkt - ermutigende Aktionen

Trotz schärfster Repression entwickelt sich in der Türkei in den letzten Monaten, insbesondere seit dem von der PKK einseitig erklärten Waffenstillstand, mit Macht eine Bewegung, die die Beendigung des Krieges und eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts zu ihren Forderungen erhebt.

Jüngste Aktionen unter der Losung „Frieden jetzt sofort!“ waren die Demonstration von Zehntausenden am 21. April in Istanbul und der am 21. April von Istanbul aus gestartete „Friedensexpreß“ in die kurdische Stadt Diyarbakir mit über 2000 Teilnehmenden. Am selben Wochenende trafen sich außerdem auf Einladung des Menschenrechtsvereins (IHD) Istanbul rund 100 türkische und kurdische Frauen, darunter Mütter gefallener Soldaten und Frauen gefallener Guerillas, um über gemeinsame Friedensaktivitäten zu beraten, u.a. einen internationalen Frauen-Friedenskongreß im nächsten Jahr.

Auch in den gewerkschaftlichen Streiks im öffentlichen Dienst der Türkei Mitte April spielte die Forderung nach sofortiger Beendigung des Krieges eine große Rolle. Zu berichten ist ferner, daß sich ca. 300 000 Wehrpflichtige dem Kriegsdienst entziehen; eine legale Möglichkeit zur Kriegsdienstverweigerung gibt es in der Türkei nicht.

Der folgende Bericht stützt sich auf eine Veranstaltung mit zwei Vertreterinnen des Menschenrechtsvereins Istanbul am 12. Mai in Hamburg.

Staatliche Repression

Die Friedensbewegung ist mit einer scharfen staatlichen Repression konfrontiert. Öffentlich für die Beendigung des Krieges gegen die Kurden einzutreten, gehört zur Zeit zu den am härtesten verfolgten Straftaten. Allein die „Anerkennung“ der PKK als Kriegspartei wird als „Werbung“ für die PKK bestraft. Die Repression trifft Menschenrechtsvereine, kritische Intellektuelle,

aber auch die Angehörigen von von der PKK kriegsgefangenen türkischen Soldaten, die sich zu organisieren begonnen haben. Jüngste Beispiele für staatliche Repression:

Eine der letzten Nummern des Bulletins des IHD Istanbul, in dem die Menschenrechtsverletzungen der Regierung seit Beginn des von der PKK einseitig erklärten Waffenstillstandes aufgelistet sind, wurde indiziert, der Chefredakteur erhielt eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten, der Herausgeber eine Geldstrafe. Redakteure einer anderen Zeitung erhielten für Stellungnahmen gegen den Krieg zwei Jahre Gefängnis. Eine Friedenszeitung wurde eingezogen, weil sie einen Artikel der Menschenrechtsorganisation Helsinki Watch dokumentierte, der über Waffenlieferungen an die Türkei berichtete. Da es üblich ist, daß die Autoren eine Gefängnis- und der Herausgeber der Publikation eine Geldstrafe erhalten, begnügt sich der türkische Staat nicht mit der Verfolgung der Zeitung: Vertreter von Helsinki Watch, die im Juni an der HABITAT II-Konferenz in Istanbul teilnehmen, werden vor Gericht gestellt.

Der Friedensexpress

Nach längerer Vorbereitungszeit setzte sich am 21. April, am Tag der großen Demonstration, vom Bahnhof Haydarpasa in Istanbul aus ein Zug in Bewegung, mit dem über 2000 Menschen überwiegend türkischer Nationalität, Menschenrechtler, Repräsentanten von Organisationen, Angehörige gefallener Soldaten ..., ihre Friedensbotschaft in die kurdische Stadt Diyarbakir tragen wollten. Längst nicht konnten alle mitfahren, die mitfahren wollten, so groß war die Unterstützung. Obwohl die Polizei den Bahnhof abgeriegelt hatte und alle durchsuchte, kamen viele, um den Friedensexpress mit Blumen, Parolen und Liedern zu verabschieden.

Die Fahrt dauerte 40 Stunden. An den meisten Bahnhöfen dasselbe Bild: Trotz

großen Aufgebots von Polizei und Spezialeinheiten kamen die Leute zu Tausenden, um den Zug zu begrüßen und ihre Unterstützung zum Ausdruck zu bringen. In einer Stadt stiegen Spezialeinheiten zu, um die Plakate an den Fenstern und im Zug abzureißen und die Mitfahrenden einzuschüchtern. Aber kaum hatten sie den Zug verlassen, hingen die Plakate wieder.

Die beiden Frauen, die über den Friedensexpress berichteten, erinnerten sich bewegt an viele überwältigende Einzelheiten: Aus einem Krankenhaus kurz hinter einer Stadt winkten aus den Fenstern Hunderte von Menschen, Ärzte und Pflegepersonal, mit den weißen Kitteln, die sie ausgezogen hatten. Einen besonders herzlichen Empfang boten die Menschen in zwei kleineren Städten, in denen es fast keine kurdische Bevölkerung gibt und in denen die chauvinistische Kriegspropaganda der faschistischen MHP (z. B. aus Anlaß von Fußballspielen oder mit großen Transparenten in den Straßen mit Aufschriften wie: „Liebe Dein Land oder verlaß es“) besonders heftig ist. Hier hatten sich auch türkische Massenorganisationen an der Organisation des Empfangs beteiligt, von denen das vorher niemand erwartet hatte - Zeichen für einen Wandel der öffentlichen Meinung und den erstarkenden Friedenswillen in der türkischen Bevölkerung.

Kurz vor Diyarbakir beobachteten die Reisenden eine Beerdigung von sieben gefallenen Soldaten. Die Mannschaften waren auf dem Friedhof um die sieben Särge versammelt und reagierten zunächst wie erstarrt auf den vorbeifahrenden Zug; doch als dieser fast schon vorbei war, sah man im Rückblick viele der 400 bis 500 Soldaten winken, trotz Anwesenheit der Offiziere ...

Vor Diyarbakir tauchten aus den grün wachsenden Feldern erst Hunderte, dann immer mehr und mehr, schließlich Tausende von Menschen auf, die dem Zug entgegengeläufen waren, weil Polizei und Spezialeinheiten sie hier nicht mehr

auf den Platz vor dem Bahnhof gelassen hatten, winkten, warfen Blumen und Gras und waren fast außer sich vor Freude. Der Schaffner, der zunächst gewarnt hatte, man solle sich nicht am Fenster zeigen, weil in Diyarbakir die Züge gewöhnlich mit Steinen beworfen würden, brach über die Begeisterung in Tränen aus und stimmte in die von allen Seiten gerufenen Friedensparolen ein. Als Spezialeinheiten, immer noch vor Diyarbakir, den Zug eine Zeitlang anhielten, sahen die Reisenden, daß der Zug von beiden Seiten von begeisterten Menschen fast völlig eingekesselt war. Spontan kamen Sprechchöre auf, pflanzten sich fort, die kurdische Bevölkerung draußen rief auf türkisch: „Es lebe die Brüderlichkeit der Völker!“, die im Zug antworteten auf kurdisch mit Rufen nach Frieden und gleichberechtigtem Zusammenleben. Das dauerte fast zwanzig Minuten. Hunderte sprangen von außen auf und fuhren bis zum Bahnhof mit. Dort hatte eine unübersehbare Menschenmenge - Schätzungen sprechen von 20 000 - trotz der Schläge und Angriffe von Polizei und Spezialtruppen, die alles abgeriegelt hatten, ausgeharrt, um den Zug zu begrüßen unter der großen Parole: „Diyarbakir öffnet die Arme für den Frieden!“

Die Reaktion unter der türkischen und unter der kurdischen Bevölkerung auf den „Friedensexpress“ war nach Auffassung der Vertreterinnen des IHD Istanbul, die beide mitgefahren waren, unerwartet groß, ja überwältigend. Die Organisationen, die den Friedensexpress organisiert haben, beraten inzwischen über weitere Aktivitäten. In der Diskussion ist für den 1. September, den Antikriegstag, ein großer Friedensmarsch, der zunächst in vier Blöcken nach Ankara und von dort ins kurdische Gebiet gehen soll. Die ersten Reaktionen sind ermutigend. Zahlreiche Organisationen reagierten positiv auf den Vorschlag, so auch Gewerkschaften, die noch vor kurzem vom „Kampf gegen den Terror“ sprachen.

(sc)

Im NATO-Land Türkei, enger Verbündeter Deutschlands, existentiell angewiesen auf deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe, gehören Folter und Todesschwadronen noch immer zum Alltag - allen Beteuerungen Kinkels und seiner türkischen Kollegen zum Trotz. Betroffen sind Journalisten, wie zuletzt Redakteure der Istanbul-Zeitung Anilim, Oppositionelle, Gewerkschafter und selbst Jugendliche und Studenten, die sich gegen die Erhöhung der Studiengebühren wehren. Weit verbreitet ist die Praxis, Verhaftete ohne Kontakt zu Angehörigen und Freunden auf Polizeistationen festzuhalten und dort mit eiskaltem Wasser und Elektroschocks zu traktieren. Nach einer Übersicht des Menschenrechtsvereins IHD starben 1994 34 Menschen unter Folter (neuere Zahlen liegen nicht vor).

Seit Beginn der 90er Jahre ist man in der Türkei auf eine Terrormethode verfallen, die bis dahin vor allem aus Lateinamerika bekannt war. Man läßt Gefangene verschwinden. Tage, Wochen

oder Monate nach ihrer Festnahme werden dann die Leichen im Straßenrand, am Stadtrand oder auf Müllhalden aufgefunden. 1994 waren es 49 Menschen, die auf diese Weise ermordet wurden. Perfektioniert wird dieses System des Terrors dadurch, daß man nach einer Festnahme die Verwandten

zumeist im Unklaren über den Verbleib der Gefangenen läßt. Oftmals wird über Tage hinweg die Festnahme einfach geleugnet.

Um die internationale Öffentlichkeit auf diese Praktiken aufmerksam zu machen, findet vom 17. bis 19. Mai (nach Redaktionsschluß) in Istanbul

ein internationaler Kongreß gegen das Verschwindenlassen statt.

Veranstalter sind der IHD, die Demokratische Volkspartei HADEP, die Demokratische Kampfplattform und der Bund der Werktätigen Frauen EKB. In Deutschland wird die Veranstaltung von der Föderation der Arbeitsmigranten/innen aus der Türkei AGIF unterstützt.

Eingeladen sind Vertreter von amnesty international, Menschenrechtler aus Lateinamerika (darunter die Mütter vom Plaza de Mayo) und den Philippinen, Parlamentarier aus Europa und Vertreter der Zapatisten aus Mexiko.

Die Veranstalter erhoffen sich von der Konferenz, daß ein internationales Dokumentationszentrum eingerichtet und der 17. Mai zum Tag der Verschwindenen erklärt wird und daß es künftig jährlich eine entsprechende Konferenz gibt.

(wop)

(Kontakt in der BRD über: AGIF, Heshofer str. 12, 51107 Köln, Tel. 0221-874109, Fax 0221-874112)



Protest gegen Uno-Konferenz in Istanbul

HABITAT II in der Türkei, wo die Zerstörung von Dörfern Alltag ist

Vom 3. bis 14. Juni findet in Istanbul die Weltsiedlungskonferenz HABITAT II statt, die letzte große UNO-Konferenz vor der Jahrtausendwende. Die folgenden kritischen Ausführungen wurden zusammengestellt nach einem Materialblatt in deutscher Sprache, das u. a. zahlreiche Informationen des Menschenrechtsvereins (IHD) Istanbul, enthält. Weitere Informationen: Herr Tuncay Kulaoglu, Schlüsselfelderstr. 5, 90408 Nürnberg. – (scc)

Was ist Habitat? Der Standpunkt des Menschenrechtsvereins

... Die erste Konferenz der Vereinten Nationen über Wohn- und Siedlungswesen, kurz Habitat, fand 1976 in Kanada statt und stellte, was das Recht auf Wohnen angeht, folgende Grundprinzipien auf:

1. Genügender Wohnraum ist ein Menschenrecht.

2. Eine sichere und gesunde Unterkunft ist etwas Grundlegendes.

3. Gesunde, sichere und nachhaltige menschliche Siedlungsformen sind ein menschliches Bedürfnis.

Nach den Prinzipien der „Erklärung von Rio“, die auf der globalen Umweltkonferenz 1992 in Rio de Janeiro festgelegt wurden, woran auch der Staatspräsident der Republik Türkei Süleyman Demirel teilnahm, heißt es: „Im Zentrum einer nachhaltigen Entwicklung muß der Mensch stehen. Die Menschen haben das Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur.“

Neben den Wirkungen der Entwicklung auf die Umwelt besteht dieser Rahmen aus:

1. dem Schutz der Siedlungs- und Lebensräume der Eingeborenenvölker

2. dem Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen von Völkern, die unter Unterdrückung, Herrschaft und Besatzung stehen

3. Die volle Beteiligung der Frauen ist von entscheidender Bedeutung ...

4. Friede, Entwicklung und Umweltschutz sind miteinander verflochten und voneinander untrennbar.

Wenn wir die Habitat-II-Konferenz ... aus der Perspektive der Prinzipien der Erklärung von Rio betrachten, so muß diese Veranstaltung gründlich hinterfragt werden. Seit 1990 wird in der Türkei in der Region des Ausnahmezustandes mit verstärktem Tempo eine Politik der Zwangsevakuierung und -umsiedlung betrieben. Nach den dem Menschenrechtsverein, IHD, vorliegenden Fakten gibt die Praxis der Entvölkerungspolitik und Dorfzerstörung folgendes Bild ab:

1993 wurden von den entvölkerten Dörfern 874 bekannt. 1994 erreichte diese Zahl 2 374. Da die Aktivitäten des IHD stark behindert wurden, konnten 1995 nur 95 als entvölkert registriert werden, wo durch die Gesamtzahl auf 2 489 stieg. In der gesamten Region, in der der Ausnahmezustand herrscht, gibt es fünftausend Dörfer. Nach diesen Zahlen sind wir mit der Wirklichkeit konfrontiert, daß die Hälfte einer großen ländlichen Region entvölkert wurde.

Die Zahl der Menschen, die aus dem Ausnahmezustandsgebiet ausgewandert, beträgt drei Millionen; die Nomadenkultur des in der Region lebenden „Eingeborenenvolkes“ ist völlig zerstört; die Tierzucht ist fast gänzlich vernichtet, und durch die niedergebrannten Wälder schreitet die Umwelt in der

Region der größten Katastrophe ihrer Geschichte entgegen. In den meisten Fällen wurden die Menschen, ohne daß sie ihr wichtigstes Hab und Gut mitnehmen konnten, zwangsdeportiert und müssen heute, zerstreut im ganzen Land, unter ungesunden und menschenunwürdigsten Wohnbedingungen leben ...

In Anbetracht dieser Tatsachen vertritt der IHD die Meinung, daß für die Durchführung von Habitat II in Istanbul die Bedingungen nicht erfüllt sind. Nur unter Verwirklichung der untenstehenden Forderungen kann von einer Erfüllung dieser Bedingungen gesprochen werden.

A. Mit der Politik und Praxis der entvölkerten Dörfer muß sofort Schluß gemacht werden. Die Kriegspolitik muß eingestellt und eine Friedenssituation unverzüglich geschaffen werden.

B. Allen Vertriebenen muß eine Abfindung gezahlt werden.

C. Projekte wie „zentral zusammengeschlossene Dörfer“, die die Diskriminierung verstärken, müssen umgehend eingestellt werden.

D. Die Türkei muß die fast 20 internationalen Abkommen, allen voran das Abkommen über politische Rechte, ratifizieren.

E. Die Türkei muß die Auflagen bei ratifizierten internationalen Abkommen (z.B. das Recht auf Bildung in der Muttersprache im Rahmen des Abkommens über Kinderrechte) aufheben und entsprechend den internationalen Abkommen im inländischen Recht Korrekturen vornehmen.

F. Es muß auf eine Energiepolitik verzichtet werden, die die Umwelt und Ökologie zerstört.

G. Die Nomaden in der Region des Ausnahmezustandes sind eines der Reichtümer der Kultur in unserem Land. Diese Gruppe lebt z. Zt. unter einem großen Druck. Ihre Freizügigkeit ist gänzlich abgeschafft und ihr Tierbestand fast völlig vernichtet. Im Rahmen der Rechte von Eingeborenenvölkern muß der Unterdrückung der Nomaden ein Ende gemacht werden ...

IHD ist der Meinung, daß diese Konferenz nicht in Istanbul stattfinden darf, weil der Staat in der Frage der Menschenrechte, aber auch gerade im Zusammenhang von Habitat, ein negatives Bild abgibt.

Aus diesem Grund wird der IHD im Rahmen von Habitat am NGO-Forum (NGO: Nicht-Regierungs-Organisationen - Red.) nicht teilnehmen.

IHD ruft alle nationalen und internationalen NGOs dazu auf, aus den oben erläuterten Gründen an dem Forum nicht teilzunehmen.

IHD wird im Juni 1996 ein Alternativforum und verschiedene andere Veranstaltungen durchführen. Zu diesen Aktivitäten werden weltweit alle NGOs eingeladen. Die Veranstaltungen des IHD zielen auf die Anprangerung der Politik und Praxis der Zwangsevakuierung ab ...

Die Türkei als Gastgeberland - der Bock als Gärtner

... Vertreter der türkischen Regierung beim HABITAT-Kongreß ist als zuständiger Minister für Wohnungsbaufragen Ünal Erkan, der bis vor wenigen Monaten das Amt des Ausnahmezustands-gouverneurs über die kurdischen Provinzen ausübte. In dieser Funktion war

Erkan als oberster Dienstherr aller Sicherheitskräfte in der Region und Beauftragter des „Amtes für spezielle Kriegsführung“ direkt verantwortlich für die Ermordung von mehr als tausend Oppositionellen und die Zerstörung von fast zweitausend Dörfern allein während seiner Amtszeit

Um der Kritik von Menschenrechtsgruppen und NGOs auf der HABITAT-Konferenz vorzubeugen, kündigte die türkische Regierung Ende April bei der Vertragsunterzeichnung bereits an, daß die bei UN-Konferenzen übliche Immunität für die Konferenzteilnehmer, die nicht der Regierungsdelegation angehören, nicht gelten wird. Die Streitigkeiten über diesen Punkt hatten die Vertragsunterzeichnung um fast ein Jahr verzögert. Die jetzt getroffene Regelung sieht vor, daß Beiträge zu für die Türkei „empfindliche Themen“, darunter fallen „die ethnische Frage, radikal islamische Auffassungen und Menschenrechtsfragen“ von der Immunitätsregelung ausgenommen sind.

Die Kritik der Kammer der BauingenieurInnen in Diyarbakir

An der Vorbereitung des „Nationalberichts und Aktionsplans der Türkei zu HABITAT“ nahmen als NGOs u. a. auch Berufsverbände teil, darunter die Kammer der ArchitektInnen und IngenieurInnen (TMMOB). Die Berufsverband der BauingenieurInnen in Diyarbakir (IMO) ist die wichtigste Sektion der TMMOB in der größten kurdischen Provinz Diyarbakir. Aus ihrer Stellungnahme:

„Die Kammer der BauingenieurInnen in Diyarbakir (IMO) hat ihre Kritik und Vorschläge zum angesprochenen Entwurf dargelegt. In der Erklärung der IMO wird darauf hingewiesen, daß der andauernde Krieg und die Zwangsumsiedlungen in diesem 218seitigen Bericht nur unter dem Punkt „Vorrangiges Thema Nr. 10“ mit ein paar Sätzen behandelt wird. In der Erklärung wird gefordert, daß „dieser Punkt, angefangen von wirtschaftlichen Problemen bis hin zum gesellschaftlichen Konsens, die Ursache von allen Problemen ist uns aus diesem Grund als „Vorrangiges Thema Nr. 1“ behandelt werden muß.“ Die IMO in Diyarbakir bezeichnet die Überschrift zu den genannten Problembeeren im Entwurf als „interessant“. Die Überschrift lautet: „Die Neuansiedlung bzw. Wohnungsbau für Personen, die durch gesellschaftliche Vorfälle und staatliche Maßnahmen oder außer staatlicher Kontrolle stattfindenden Vorfälle mit unbekannten Tätern ihre Wohnungen verloren haben und auswandern mußten.“

Die IMO in Diyarbakir ... stellt eine Reihe von Fragen:

Gehören niedergebrannte Dörfer und Zwangsevakuierungen zu den erwähnten Maßnahmen, wenn es heißt „Gesellschaftliche Vorfälle und staatliche Maßnahmen“? - Ist die Formulierung „außer der Kontrolle des Staates stattfindenden Vorfälle mit unbekannten Tätern“ mit den Prinzipien und Kriterien eines Rechtsstaates vereinbar? - Bedeutet die Beschreibung „Die Neuansiedlung bzw. Wohnungsbau für die Personen, die ihre Wohnungen verloren haben und auswandern mußten“, nicht die Unter-



stützung der angewandten politischen Praxis und die Unlösbarkeit der Probleme und die Bestätigung der errichteten Ghettos? ...

Vorschläge der IMO in Diyarbakir:

- Der in der Region herrschende Krieg muß unverzüglich beendet werden

- Die Gewährleistung der vorläufigen Unterbringung und Verpflegung der zwangsevakuerten Menschen nach dem Verständnis des „Sozialstaates“

- Die Wiedererrichtung der niedergebrannten und zerstörten Dörfer und Schadensersatz für ihre Bewohner bzw. die Erfüllung der Bedingungen für ihre Rückkehr.

Visa für inländische Kriegsflüchtlinge?

Die staatliche Zerstörung von Wohnraum und Schikanen gegen Kriegsflüchtlinge beschränken sich keineswegs auf die kurdischen Gebiete. Auch in den westlichen Metropolen werden im Rahmen „städtebaulicher Maßnahmen“ und „Stadtverschönerung“ Armenviertel (Gecekondus) den Bewohnern buchstäblich über dem Kopf zusammengerissen. Auch wenn sich derartige Maßnahmen generell gegen alle Bewohner der Gecekondus - ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft - richten, betreiben nationalistische türkische Kommunalpolitiker in den jüngsten Jahren eine gezielte Hetze gegen kurdischen Migranten. Hier hat sich besonders der Bürgermeister von Izmir durch rassistische Methoden hervorgetan ...

Unter Parolen von „Modernisierung und Stadterneuerung“ versucht Özfatura seit Amtsantritt (1994), kurdische Kriegsflüchtlinge und Migranten aus der Stadt zu vertreiben. So wurden die Beschäftigungen wie Straßenverkauf, Schuhputzen etc., für die Flüchtlinge häufig die einzige Möglichkeit, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, im Innenstadtbereich verboten und durch Aufstellung spezieller Wächter und Kontrolleure durchgesetzt. Im vergangenen Jahr erstatteten der Menschenrechtsverein (IHD) Izmir gemeinsam mit dem Verein der Kriegsgegner (SKD) Anzeige gegen Özfatura wegen „rassistischer Hetze“.

Seit Anfang April dieses Jahres machte Özfatura auf einer Konferenz der „Stiftung für die ökonomische Entwicklung der Ägäis“ den Vorschlag, den Zuzug von Zuwanderern nach Izmir durch Einführung einer Visumpflicht zu stoppen. Die Migration solle in andere Provinzen, die unter Bevölkerungsmangel leiden, wie Kastamonu oder Akzary, umgeleitet werden ... Vor eineinhalb Jahren war ein ähnlicher Vorschlag bereits vom Oberbürgermeister von Istanbul, Taysip Erdogan, erhoben worden. Darüber hinaus will Özfatura in Ankara eine Gesetzesinitiative einbringen, die den Bau von Gecekondus mit Gefängnisstrafen zwischen 1 und 3 Jahren und Geldstrafen bis zu 250 Mio. Lira bestraft ...

1. Mai '96

Höchste Zeit

für neue Zeiten

An die Geschichte denken!

1. Mai in Lampertheim - Interessante Mairiede

Gysi war am 1. Mai als Redner vom DGB Lampertheim eingeladen. Da er aus privaten Gründen absagen mußte, sprach vor ca. 400 ZuhörerInnen Werner Pfenig, Ex-Landesvorsitzender der IG Medien. Wir zitieren Auszüge.

„Am 2. Mai 1933 gingen über der ersten deutschen Demokratie endgültig die Lichter aus. Die Gewerkschaftshäuser wurden von den Nazis besetzt, ihr Vermögen beschlagnahmt und ein Großteil ihrer Funktionäre verfolgt, verhaftet und ermordet.“

Erinnern wir uns noch?

Am 27. Februar 1933 brannte der Reichstag. Am 10. Mai 1933 brannten die Bücher. Am 9. November 1938 brannten die Synagogen. 1939 brannten die polnischen Dörfer und Städte. Dann brannten die Krematorien in den Konzentrationslagern. Millionen Menschen starben in den Vernichtungslagern, auf den Schlachtfeldern, in Städten und Dörfern. 60 Mio. Opfer kostete der 2. Weltkrieg. Es gehört zum dunkelsten Kapitel der deutschen Arbeiterbewegung, nicht Widerstand geleistet, sondern den Prozeß der Anpassung und Tolerierung bis zur Vernichtung kampflos begleitet zu haben.

Am 15. April 1933 rief der ADGB auf, sich an dem von den Nazis inszenierten Mai-Spektakel am 1. Mai 1933 zu beteiligen, obwohl bereits im März 1933 vermehrt Überfälle auf Gewerkschaftshäuser, polizeiliche Durchsuchungen und Verhaftungen gemeldet wurden....

Die Nazis erteilten der Arbeiterbewegung die Lektion, daß Gewerkschaften immer dann ihre organisatorische Widerstandskraft verlieren, wenn sie ihr politisches und programmatisches Profil preisgeben. Daß nachher Tausende von Gewerkschaftern, Sozialisten, Kommunisten und Christen in den Widerstand gingen, hat unsere Ehre gerettet.

Wir sind gewarnt. Und diese Warnung trägt kein Verfallsdatum.

Am 4.9.1932 veranlaßte das Kabinett Franz v. Papen den Reichspräsidenten Hindenburg, eine Notverordnung „Zur Behebung der Wirtschaft“ zu unterzeichnen. Hier nun einige Eckpunkte, um den Vorwurf des Plagiats, d.h. den Diebstahl geistigen Eigentums durch Kohl, Waigel, Schäuble, Rexrodt, Necker, Murrmann, Stihl und vielen anderen konkret begründen zu können.

Die Regierung wurde durch diese Notverordnung ermächtigt, die sozialen Einrichtungen „zu vereinfachen und zu verbilligen“, in Aufbau und Leistungen der Sozialversicherungen einzugreifen, gleichzeitig aber den Unternehmern einen Steuernachlaß von 22 Milliarden Reichsmark zu gewähren. Mit der „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ wurden die Arbeitgeber ermächtigt, bei Neueinstellungen unter Tarif zu zahlen, und staatliche Schlichter wurden angewiesen, zur „Erhaltung gefährdeter Betriebe“ die gültigen Tarife zu unterschreiten.

Schon am 5. Juli 1931 war eine „Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ unterzeichnet worden mit folgenden Eckpunkten: Der Anspruch für Jugendliche auf Arbeitslosenunterstützung wird auf das 21. Lebensjahr heraufgesetzt; Verschlechterungen beim Bezug des Kurzarbeitergelds werden eingeführt; die Zumutbarkeitsklausel für Arbeitslose wird gestrichen; die Arbeitslosenunterstützung wird generell gekürzt; der Begriff der Arbeitsunwilligkeit zur Begründung der Verlängerung der Sperrfrist wird eingeführt; die Wartezeiten für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung werden verlängert;

Pflichtarbeit für Jugendliche wird eingeführt; die Zuwanderung in größere Städte wird beschränkt usw. usw. Das Ergebnis: Die Löhne gingen rapide zurück. Die Arbeitslosigkeit nahm zu. Die politischen Folgen waren verheerend. Wie bekannt kommt uns das vor.

Ähnlichkeiten mit jüngsten Beschlüssen ... von Kabinett und Kapital sind nicht zufällig. Sie sind gewollt! Kam niemand auf Gewerkschaftsseite bei den Vorschlägen zum sogenannten „Bündnis für Arbeit“ auf die Idee, einmal ein Geschichtsbuch in die Hand zu nehmen?

Gewiß, historische Vergleiche mögen hin und wieder hinken. Aber: Das Bündnis für Arbeit ähnelt - abgesehen vom propagandistischen Erfolg - von Anfang an dem Versuch, gemeinsam mit Kabinett und Kapital aus Scheiße Schokolade zu machen, getreu dem Motto: Mit der Farbe haben wir es schon geschafft, nur mit dem Geruch haben wir noch Schwierigkeiten. Von Anfang an sollten die Gewerkschaften damit friedlich gestimmt und zu Kompromissen und zum Nachgeben gebracht werden... Ich finde dieses kurze Gedächtnis bei Gewerkschaftern und diese Geschichtslosigkeit gefährlich...

Wir noch Schwierigkeiten. Von Anfang an sollten die Gewerkschaften damit friedlich gestimmt und zu Kompromissen und zum Nachgeben gebracht werden... Ich finde dieses kurze Gedächtnis bei Gewerkschaftern und diese Geschichtslosigkeit gefährlich...

Wahnsinn mit Methode

Kolleginnen und Kollegen, unter dem hehren Anspruch, „den Standort Deutschland“ zu sichern, wird die soziale Schieflage von der Bundesregierung schlicht zur ausgleichenden Gerechtigkeit erklärt, bei der die unteren Einkommensbezieher die staatlichen

Einnahmeausfälle als Folge der Unternehmenssteuerentlastung wettmachen sollen. So hat der Wahnsinn doch Methode, die Kranken gegen die Pflegebedürftigen aufzuheizen, die Beschäftigten gegen die Arbeitslosen, die Westdeutschen gegen die Ostdeutschen und alle zusammen gegen die Ausländer. Wer so handelt, spaltet...

Wir müssen den Sozialstaat verteidigen. Lassen wir auch nicht zu, daß durch Sozialabbau und fehlende Wohnungen die Ausländerfeindlichkeit, der Rassismus und Antisemitismus das Klima in unserem Land vergiften. Wir brauchen ein echtes Bündnis der Solidarität der Demokraten. Wir wollen einen Sozialstaat, der diesen Namen verdient. Lieber einen sozialen Linksstaat, als einen asozialen Rechtsstaat!...

Nach diesem Putsch der Koalition ist nicht Ruhe, sondern Unruhe erste Bürgerpflicht! Es muß in einem wilden Sommer und vor allem einem wilden Herbst nachdrücklich Widerstand aller im DGB vereinten Gewerkschaften geleistet werden ... Wir wollen eine bessere Welt, eine gesunde Umwelt und eine Arbeitswelt, in der der aufrechte Gang möglich ist...

Kolleginnen und Kollegen, am 1. Mai demonstrieren und feiern wir gemeinsam mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Das Verhältnis zu ihnen ist für mich ... die Nagelprobe, ob wir verstanden haben, was Solidarität heißt ... Wir fordern die Rücknahme des diskriminierenden Ausländergesetzes, wir fordern das Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer! ...

Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte in aller Welt. Das gilt auch für die türkische Regierung, die wir aufordern, die Menschenrechte der Kurden zu achten ... Deutschland muß mit friedlichen Mitteln dazu beitragen, eine gerechte Weltordnung zu schaffen... Rüstungsexport ist Völkermord! ...

aus Kommunal-Info Mannheim

Bündnis für



Deutschland



Frankfurt. Die Kommunale Ausländervertretung (KAV) beschloß Ende April einen Antrag zum Haushaltsplan 1996 an die Stadtverordnetenversammlung, in dem diese aufgefordert wird, den Haushaltsplan abzulehnen und an den Magistrat zur Überarbeitung zurückzuverweisen. Zu einer Demonstration und Kundgebung rief ein Aktionsbündnis für den 9. Mai auf, an dem Tag, wo die Stadtverordnetenversammlung tagte.

aus Frankfurter Info

Sammellager: Polizei beschlagnahmt Kochgeräte

Stuttgart. Der Kantinenboykott in der Frommannkaserne in Ludwigsburg geht in die sechste Woche. Am 26. April demonstrierten zwei- bis dreihundert Teilnehmer von der Kaserne in die Innenstadt. Am 29. und 30. April startete der Lagerleiter Hilmer neue Großrazzien. Am ersten Tag mit etwa zehn Polizisten und Hunden. Transparente wurden zerrissen, alle möglichen elektrischen Geräte beschlagnahmt und teilweise zerstört. Am zweiten Tag waren etwa ein Dutzend deutsche UnterstützerInnen und ein Journalist anwesend und die Razzia weniger brutal. Jetzt stehen Verhandlungen mit dem Regierungspräsidium an.

Kommunale Berichte Stuttgart

Polizeikrawalle bei Punkkonzert

Schweinfurt. Am Sonntag, 28.4., fand im Kulturhaus „Die Schreinerei“ die Navigatorkonzertveranstaltung „Monsters of Punk“ statt. Im Vorfeld dieser Veranstaltung kam es zu einem massiven Polizeieinsatz. Offizieller Grund dafür war ein Flugblatt, daß angeblich zu „Chaos-

tagen“ in Schweinfurt aufrief. Der Text des Flugblattes lautete „alle planlosen Punks kommen am 28.4. nach Schweinfurt“. Außerdem war, nach Polizeiangaben, ein „verbotenes Symbol“ auf dem Flugblatt abgebildet. Auf Nachfrage stellte sich heraus, daß es sich dabei um das „Anarchie-A“ (A im Kreis) handelte. Diese Tatsachen rechtfertigten für die Polizei eine absolut eskalierende Einsatzstrategie. Alles, was jung war, wurde, teilweise mehrfach, kontrolliert. Der HbF-Schweinfurt war teilweise komplett abgeriegelt. Es hagelte Anzeigen.

Eine Abordnung des Kulturhauses beschwerte sich offiziell über den Polizeieinsatz, der das Haus und die Gäste des Hauses anscheinend in eine „kriminelle Ecke“ stellen und das Bild einer „gemeingefährlichen Zusammenrottung“ suggerieren sollte. Selbst Navigator-Chef Steffen Rose beschwerte sich über den Geschäftsverlust durch die vielen Abgriffe der Polizei. Am Freitag nach den Vorfällen in Schweinfurt warnte das Schweinfurter Tagblatt vor drohenden Chaostagen in Würzburg. Dort sind die Punks seit längerem schon Kontrollen und Repressalien ausgesetzt. Unter dem Stichwort „Innere Sicherheit“ „die Spreu vom Weizen“ getrennt.

aus nachrichte&standpunkt

Aufhebung des KPD-Verbots!

Aktionstag der Opfer des Kalten Krieges

Düsseldorf. Am 11. Mai führte die Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges eine Stand- und Flugblattaktion, ein Pressegespräch und eine mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besuchte Veranstaltung durch. Am 11. Mai ist der Jahrestag, an dem 1952 bei der Friedenskarawane der Jugend in Essen das FDJ-Mitglied Philipp Müller durch Polizeischüsse ums Leben kam. Die Initiative wählte den Tag, weil die Verfolgung der FDJ durch die Adenauerregierung das Vorspiel für das später folgende Verbot der KPD in Westdeutschland bildete.

Herbert Mies, früher Parteivorsitzender der DKP, berichtete über die Verfolgungen, mit denen die FDJ seit 1949 im Westen Deutschlands überzogen wurde. Die Verfolgungen hätten sich gegen eine fortschrittliche sozialistische Jugendbewegung im ganzen gerichtet, die vernichtet werden sollte, um den Widerstand gegen die Restauration und

die Remilitarisierung zu zerschlagen.

Der ehemalige KPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Rische wies u.a. darauf hin, daß die Regierung insbesondere für die angeblichen Umsturzpläne der KPD nie habe Beweise erbringen können, diese nie existierenden Umsturzpläne aber Bestandteil der Verbotsgründe waren. Er erläuterte die Forderungen der Initiativegruppe: „Die Bundesregierung trifft die Feststellung: Das KPD-Verbot vom 17. August 1956 ist historisch überholt und damit gegenstandslos geworden und aufzuheben. Der Bundestag beschließt eine Novellierung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes. Urteile des Bundesverfassungsgerichts erhalten eine Revisionsmöglichkeit ...“

Der Mitarbeiter der PDS-Bundestagsgruppe, Prof. Dr. Liberam, erläuterte den Antrag der PDS-Gruppe im Bundestag. Prof. Ludwig Elm kündigte an, daß der Antrag auf Aufhebung des KPD-Verbots noch vor der Sommerpause im Bundestag beraten werden soll. (uld)

SS-Eurotreffen verhindert

Antifaschistische Gruppen fanden Unterstützung

Fallingb. Eine Woche vor dem geplanten Treffen vom 3. bis 5.5.96 der alten Kämpfer des „Kameradenwerk Korps Steiner“ vom ehemaligen II. Germanischen Panzerkorps der Waffen-SS mit jungen Neonazis aus mehreren europäischen Ländern in Walsrode-Düshorn, wurde dieses bekannt.

Innerhalb nur eines Tages bereiteten die Antifaschistische Initiative, die Gewerkschaftliche Antifa Initiative und Grüne Jugend aus dem Kreis Soltau-Fallingb. diese Nachricht in der Region, informierten bundesweit Medien und organisierten Widerstand. Die Ablehnung des Faschistentreffens fand viel Unterstützung in der Bevölkerung bei SPD, Grünen und Gewerkschaften. Der Wirt des Gasthofs „Düshorner Hof“ sagte über seinen Rechtsanwalt den Nazis ab, weil er „nie und nimmer eine Zusage für eine solche Veranstaltung in seinen Räumen erteilt hätte, wenn ihm die näheren Umstände, insbesondere die Art der Veranstaltung rechtzeitig bekanntgegeben worden wäre.“ Wenn gleich der Wirt das zwei Tage später ziemlich andersherum sah. Das DGB-Ortskartell sprach sich bei der Mai-Kundgebung gegen das Faschistentreffen aus und verkündete, daß die antifaschistischen Aktionen weiter durchgeführt würden, um die Nazi-Versammlung auch an einem alternativen Ort zu verhindern. In der gesamten Lüneburger Heide standen mögliche andere Treffpunkte unter antifaschistischer Bewachung. Inzwischen ist sicher, daß das Nazi-Treffen völlig ausfiel.

Das „Kameradenwerk Korps Steiner“ ist nicht nur eine Freundschaftsgesellschaft alter Soldaten, sondern eine lebendige Verbindung zwischen heutigen Neonazis und dem Hitlerfaschismus. SS-General Felix Steiner hatte in seinen Kampfverbänden SS-Freiwillige aus vielen europäischen Ländern. Seine Einheiten fielen über ganz Osteuropa her und wurden als die letzten Verteidiger Berlins 1941 bekannt.

Danach bauten sie in europäischen und lateinamerikanischen Ländern eine Untergrundorganisation, „die Spinne“ auf. Sie befreiten inhaftierte Kriegsver-



brecher und brachten Massenmörder wie Adolf Eichmann in Sicherheit. Es fehlte nicht an Geld, in kurzer Zeit zahllose zur Todesstrafe verurteilte Kriegsverbrecher frei zu bekommen. Sie hatten Einfluß in Politik, Justiz und Militär und gute Verbindungen zur Wirtschaft. Obwohl die Waffen-SS vom Nürnberger Tribunal zur „verbrecherischen Organisation“ erklärt wurde, konnten sie die HIAG als „sog. Hilfsorganisation“ der Waffen-SS gründen und ihre staatlichen Pensionen wurden sogar noch verbessert.

Mit Nazi-Gold (aus Kriegsraub und Zahngold von KZ-Opfern) bauten sie internationale Naziorganisationen auf, in Deutschland z.B. die Wiking-Jugend. Wie von Steiners letzter Kampfgruppe geplant, sind seine Mitglieder verstreut auf der Welt und bauen gemeinsam am alten SS-Projekt, vom „Weltmacht-Europa-Konzept“.

Die Antifa Initiative, die Gewerkschaftliche Antifa und die Grüne Jugend meinen dazu, „wenn Militaristen und Faschisten aus vielen Ländern meinen, in der Lüneburger Heide ein ruhiges Plätzchen zu haben, um ungestört die menschenverachtende Ideologie der SS an politische Erben weitergeben zu können, dann haben sie sich geirrt. Solche Heidetouristen sind hier nicht erwünscht!“ Charly, Zuschrift

Dietl-Straße eine Provokation

VVN/BdA Bayern gegen Füssener Stadtrat

Schweinfurt. Die jüngste Entscheidung des Füssener Stadtrats, die Eduard-Dietl-Straße nicht umzubenennen, sondern die „Erinnerung an den beliebten Menschen Dietl“ (Süddt. Zeitung v. 11.4.96) aufrechtzuerhalten, ist eine unerhörte Provokation der Öffentlichkeit. Straßenbenennungen nach Personen in Städten und Gemeinden sind Würdigungen besonderer Art. Aufgrund der Bayerischen Verfassung und des Grundgesetzes ist deshalb in einer Demokratie kein Platz für faschistische Heldenverehrung. Wir fordern die Stadt Füssen auf, unverzüglich die Entscheidung zu korrigieren.

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten der 25. Ordentlichen Landeskonferenz der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Anti-

faschisten“ am vergangenen Wochenende diesen Beschluß. In weiteren Anträgen und Entschlüssen wurden die Erhöhung finanzieller Leistungen zum Erhalt und zur Pflege der Gedenkstätten an die NS-Zeit in Bayern gefordert und die Einrichtung eines staatlichen „Häufelfonds“ für bislang nicht entschädigte NS-Verfolgtengruppen. Die Delegierten protestierten gegen die von der neuen Nürnberger Stadtratsmehrheit angekündigte Schließung des Jugendzentrums „Komm“ und gegen den von der neofaschistischen NPD geplanten Aufmarsch am 1. Mai in der Frankfurter Metropole ... Bei den Neuwahlen des Landesvorstandes wurden zwei gleichberechtigte Landessprecherinnen und -sprecher gewählt.

aus nachrichte&standpunkte

Lübeck: Internationale Kommission gebildet

Lübeck. Am 22.4. hat sich in Lübeck eine Internationale Unabhängige Kommission konstituiert, die sich der Aufklärung des Brandes in der Lübecker Flüchtlingsunterkunft annimmt. Wir dokumentieren die auf der konstituierenden Sitzung verabschiedete Erklärung

Erklärung der Internationalen Unabhängigen Kommission

1. Wir gehören zu den Menschen in Europa, die mehr und mehr alarmiert sind von den Nachrichten, die aus Deutschland kommen. Wir fragen uns, wie kann es möglich sein, daß in Deutschland Ausländer angegriffen werden, daß die Synagogen brennen und daß Flüchtlingsheime angezündet werden. Nun hören wir, daß die Staatsanwaltschaft (in Lübeck, nach dem schrecklichen Feuer im Januar, wo zehn Menschen den Tod fanden) die Brandstifter und Mörder nicht mehr bei den Rassistinnen und anderen fremdenfeindlichen Gruppen sucht, sondern eine Person verhaftet hat, deren Familie selbst bedroht ist. Wir sind beunruhigt von ähnlichen Nachrichten in anderen Orten.

2. Die letzten Nachrichten, die uns in unseren Ländern aus Lübeck erreich-

ten, waren, daß eine Nachrichtensperre verhängt wurde und daß Zeugen der Brandanschläge die Abschiebung aus der Bundesrepublik droht. Wenn Zeugen unter einer solchen Drohung stehen, wird die Aufgabe, den Fall aufzuklären, untergraben.

3. Aus all diesen Gründen haben wir es auf uns genommen, als eine Internationale Unabhängige Kommission die Tätigkeit der Ermittlungsbehörden in Lübeck zu beobachten, selbst dem Herausfinden der Wahrheit zu helfen und dazu auch nach Lübeck zu kommen. Wir sehen darin ein übereinstimmendes Interesse der Menschen in unseren Ländern und der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die ihr Land nicht in ein Dunkel versinken lassen wollen, in welchem eine furchtbare Vergangenheit wieder lebendig zu werden droht. aus Lokalberichte Hamburg

NPD-Landesparteitag auch dieses Jahr in Essen

Essen. Man sträubt sich schon fast, darüber zu berichten. Aber auch in diesem Jahr fand der NRW-Landesparteitag der NPD in Essen statt. Wieder in anderen Räumlichkeiten und etwa einen Monat später als sonst - und wieder er-

fuhr die Öffentlichkeit erst im Nachhinein von der Versammlung, bei dem es um die Arbeit des NPD-Landesverbandes ging. Rund 50 Mitglieder der NPD trafen sich am Sonntag, 28. 4.1996, im Restaurant Iskra. Der kroatische Wirt wußte angeblich nicht, wem er seine Gesellschaftsräume zur Verfügung gestellt hatte, verteidigte seine „Gäste“ aber gegenüber der NRZ: Ruhige, ältere Leute seien es gewesen. Und außerdem: „Wer Geld bringt, kommt rein.“ Daß auch der Essener Hotel- und Gaststättenverband nach den Auseinandersetzungen um den NPD-Landesparteitag 1994 an seine Mitglieder appellierte, rechtsradikalen Kräften keine Räume zur Verfügung zu stellen, interessierte ihn offensichtlich nicht besonders. Sein Umsatz wird trotzdem etwas zu leiden haben. Der SPD-Ortsverein Essen-Rütten-scheid will im „Iskra“ keine Veranstaltungen mehr durchführen. „Wir wollen uns kein Veranstaltungsort mit Faschisten teilen“, so der Ortsvereinsvorsitzende Markus Brandewinder. Trotzdem: Das hartnäckige Interesse der NPD, sich in Essen zu treffen, wird dadurch nicht in die Schranken gewiesen. Dazu mußte es gelingen, im Vorfeld Termine zu erfahren und politischen Protest zu organisieren.

aus Lokalberichte Essen

Hamburger Symposium

Hamburg. Heute ist das Wirken der Wehrmachtsjustiz erforscht. Die Rechtfertigungslegenden früherer Jahre sind widerlegt. Dennoch wurden ihre Urteile - besonders gegen die jungen Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“ - nicht für nichtig erklärt. Die Tagung über die NS-Militärjustiz soll deshalb nicht nur Teil nachholender Trauerarbeit, Kritik und Distanzierung, sondern auch ein Beitrag sein, aktuellen Gefahren zu begegnen. An dem Symposium nehmen unter anderem teil: Ludwig Baumann (Wehrmachtsdeserteur und Kandidat für den Friedensnobelpreis dieses Jahres), Prof. Dr. Messerschmidt (ehem. Leiter des militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr) und Dr. Hannes Heer (Hamburger Institut für Sozialforschung).

Tagungsunterlagen und weitere Informationen (Übernachtungsmöglichkeiten) können angefordert werden sowie schriftliche oder telefonische Anmeldung kann erfolgen bei: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes, Lindenallee 54 a, 20259 Hamburg, Telefon: 040/43 18 92 24 (dienstags und mittwochs)

aus Lokalberichte Hamburg

Es war einmal eine neue große Koalition in Berlin, die hatte, stehend vor bzw. in einem riesigen Haushaltsloch, eine fixe Idee zur Haushaltssanierung. Die Idee hieß Verantwortungsbewusstsein durch Flucht zu Höherem im Zuge einer Fusion mit Brandenburg und Bezirksgebietsreform zur Verbesserung der Durchgriffsmöglichkeiten der Berliner Regierung in die untere Verwaltungsebene. Die Fusion scheiterte am Votum der mündigen BürgerInnen im Zuge einer Volksabstimmung. Was bleibt, ist die geplante Gebietsreform.

Die Idee zur Reduzierung der Zahl der Bezirke ist nicht gerade neu, sie war im ersten Versuch 1994 faktisch gescheitert, aber sie mußte erneut auf den Tisch, da man nach wie vor keinen Plan hatte, wie man die Bereitschaft zum Abbau der höchst selbst angehäuften Schulden der vergangenen fünf Regierungsjahre publikumswirksam signalisieren sollte. Deshalb wurde sie in den Koalitionsvertrag geschrieben, um im Falle des Scheiterns der großen Zentralisierung im Zuge der Bildung Kleinspreußens wenigstens die kleinen Fusionen schnellstens durchdrücken zu können. Damit hat sich insbesondere die SPD binden lassen, an deren Basis sich massiver Widerstand gegen die „Minifusionen“ konstituiert hatte, mit deren Hilfe die Bezirkszusammenlegung in der vorhergehenden Legislaturperiode verhindert werden konnte.

Am 27.4.94 erklärte der Senat, daß die Voraussetzung für die Gebietsreform eine Volksabstimmung sein soll. Auch die Bezirksbürgermeister stimmten dem zu und erneuerten diese Forderung noch einmal im April 1996. Die PDS brachte im Februar 1996 einen Antrag ein, der eine Volksabstimmung vor einer Gebietsreform in der Verfassung festschreiben sollte. Begründung: Die Gebietsreform ist ein massiver Eingriff in die Lebensverhältnisse der Berlinerinnen und Berliner, in die bezirkliche Selbstverwaltung und in gewachsene soziale Strukturen der Stadt. Dabei be-

rief sich die PDS u.a. auf ein verwaltungsinternes Schreiben des einstigen Bezirksbürgermeisters von Kreuzberg, Strieder (SPD). Strieder äußerte sich in dem Schreiben vom 31.3.1994 äußerst skeptisch zu Plänen der Bezirksreduktion. Er forderte eine „tiefgehende Analyse dessen, was die Reform bringt und welcher Preis gegebenenfalls dafür zu zahlen ist“, und stellte fest: „Für die notwendige Renovierung verwaltungsin- ternier Abläufe bringt die Gebietsreform

Entwicklungsimpulse in die Stadt bringen – vor Augen. Die BürgerInnen – zumindest die von Brandenburg – zeigten sich nicht bereit, zu schlechten Fusionsverträgen „Ja“ zu sagen. Und so „wußte“ von dem Versprechen, das Volk vor Bezirkszusammenlegungen zu befragen, weder der letzte Hinterbänkler, noch der zum Gebietsreformbefürworter mutierte Strieder oder der Regierende Bürgermeister noch etwas.

In der Debatte zum PDS-Antrag er-

Länderfusion gescheitert, jetzt dafür Bezirksfusion?

Gernot Klemm über neue Zentralisierungspläne der großen Koalition in Berlin

nichts. Sie birgt vielmehr die Gefahr in sich, mit diesem großen bunten Luftballon den Blick von den eigentlichen Aufgaben der notwendigen Verwaltungsreform abzulenken“. Weiter warnte er vor den unkalkulierten finanziellen Risiken, die durch die Aufwertung von Beamtenstellen im Rahmen der Vergrößerung von Verwaltungseinheiten sowie durch die Schaffung von Außenstellen der Bezirksämter entstehen. Und er wies darauf hin, daß die Angleichung der Größe der Bezirksverwaltungen keineswegs der Schaffung von gleichen Verwaltungsbedingungen diene, da durch Bezirkszusammenlegung weder regionale noch soziale bezirkliche Unterschiede ausgeglichen werden.

Als der PDS-Antrag zur Volksabstimmung vor einer Gebietsreform beraten wurde, zeigte sich erneut die strukturelle Senilität der Provinzpolitiker der Großen Koalition in Berlin. Am 25. April hatten die Berliner Visionäre von SPD und CDU bereits das Scheitern der Fusion, also ihres dritten Großprojektes nach der Olympiaplätze und der Hauptstadtpleite – beide sollten seinerzeit die

klärte die SPD-Abgeordnete Flesch: „Volksabstimmungen können gut, wichtig und notwendig sein, aber doch da, wo sie den Bürger betreffen und wo er sich für diese Frage interessiert. Die Frage ist doch: Interessiert sich der Bürger für die Bezirksgebietsreform? Die, mit denen ich gesprochen habe, nicht!“

Der Abgeordnete Rösler (CDU) setzte noch eins drauf, als er sagte: „Daß ... ein Spareffekt auftritt, ist ... begrüßenswert ... steht aber nicht in erster Linie zur Debatte, sondern die Effizienz der Verwaltung.“ Zentralisierung also um jeden Preis, um sich die lästigen Partikularinteressen bezirklicher Politik weitestgehend vom Hals zu halten! Schließlich ist bei der Gebietsreform nicht die Reduzierung von Rathäusern und Ämtern vorgesehen – diese bleiben als Verwaltungszentren erhalten. Lediglich fünf Bezirksverordnetenversammlungen und Bezirksämter sollen weg.

Deutlich wurde, daß die geplante Zusammenlegung von Berliner Bezirken als ein Verwaltungsakt ohne Basisbeteiligung zum Zwecke der weiteren Zentralisierung der Berliner Verwaltung

durchgepeitscht werden soll. Ob damit konkrete Probleme gelöst werden können, ist offen. Fest steht nur, daß in betroffenen Bezirken die Einflußmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern reduziert werden. Zudem werden bestehende regionale und soziale Unterschiede innerhalb der Großbezirke überlagert, verwischt und ignoriert.

Doch unabhängig von allen zu erwartenden Problemen und unabhängig davon, was die Bezirkszusammenlegung an konkreten Vorteilen für Landeshaushalt und Verwaltungstransparenz bringt, kann bei ihrem Gelingen die neue Große Koalition in Berlin zumindest formal einen Erfolg verzeichnen. Bleibt nur die Frage: Ist die Befriedigung der Eitelkeit politischer Akteure in unserer Stadt die Zerstörung von Jahrzehntelang gewachsenen bezirklichen Strukturen wert?

Die Möglichkeit, die Bezirkszusammenlegung zu verhindern, sind nicht gerade groß. Anzudenken wäre ein Volksbegehren mit anschließendem Volksentscheid zur Verfassungsänderung gemäß dem PDS-Antrag, der vor Gebietsreform Volksentscheide vorsah. Allerdings kann sich auch die große Koalition nicht völlig sicher sein bei den geplanten Bezirksreduzierungen. Dazu benötigt sie eine Zweidrittel-Mehrheit im Abgeordnetenhaus. So ist auch die Einflußnahme auf die Wahlkreisabgeordneten und die Abgeordneten der jeweiligen Bezirksliste sinnvoll. Eine Schlüsselposition dürfte Bündnis 90 / Grüne einnehmen, die ebenfalls Volksabstimmungen vor Bezirkszusammenlegungen fordert. Mit Stimmen aus ihren Reihen könnte die große Koalition eigene „Umfaller“ kompensieren. Ob letztere im Zuge ihres Hanges, stetig Mitregierungsfähigkeit nachweisen zu müssen, nicht zumindest zum Teil umfallen, wie bei der geplanten Länderfusion, scheint fraglich.

Gernot Klemm ist ein innenpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Aus Platzgründen wurde sein Beitrag geringfügig gekürzt.

Erneut hat eine Rentendebatte stattgefunden. Diesmal am 3. Mai im Bundesrat. Zur Diskussion standen der Regierungsentwurf zur Korrektur des AAÜG und der Umgang mit dem Entwurf des Senats von Berlin zur gleichen Frage. Der Bundesrat entschied sich mehrheitlich für den Regierungsentwurf. Er wies Vorschläge des sächsischen Sozialministers Geißler und der Sozialsenatorin Hübner zu Änderungsanträgen am Regierungsentwurf zurück. Nun ist der Weg frei für die Behandlung eines Gesetzes im Bundestag. Sie ist für den 24. Mai vorgesehen.

Die Erwartungen an diese Entscheidung sind groß. Über ein Dutzend Mal hat der Bundestag in den zurückliegenden Jahren Absichtserklärungen abgegeben. Sie blieben stets im Parteiengestank stecken, immer zum Nachteil der Rentnerinnen und Rentner.

Die Absicht ist nunmehr, die Rentenkappungen für einen großen Teil der Betroffenen abzuschaffen. Das wäre ein Weg in die richtige Richtung, wenn es auch nur der kleinste gemeinsame Nenner sein wird. Es wird davon gesprochen, daß Dreiviertel der Betroffenen mit einer Neuberechnung und damit ungekürzten Renten rechnen können. Mindestens aber 25.000 Rentnerinnen und Rentner sollen nach Annahme des Gesetzes weiterhin Rentenkappungen hinnehmen müssen. Es handelt sich dabei vorwiegend um ehemalige Staatsdiener der DDR in gehobenen Stellungen. Dazu kommen alle ehemaligen

Mitarbeiter der Staatssicherheit, unabhängig von ihrer Berufsstellung. Für sie sind keinerlei Korrekturen vorgesehen. Die Rentenkappung wird für die Jahre beibehalten, in der die „bestrafte Funktion“ tatsächlich ausgeübt wurde. Dafür wurde eine neue Anlage geschaffen, in der die Einkommensanrechnung für die Rentenkappung fixiert ist. Diese Straf- grenze liegt bei monatlich 2.630 bis 2.680 DM. Unklar ist im Gesetzestext, welche

Man kann daraus schlußfolgern, daß Bundestag und Bundesrat vorsätzlich die Wertneutralität des deutschen Sozialversicherungsrechts verletzt. Eine Feststellung, die wir im Auge behalten sollten. Es ergibt sich daraus, daß die jetzt beabsichtigte Korrektur noch nicht das letzte Wort sein kann. Sie zielt darauf ab, die Rentner gegeneinander auszuspielen, die begonnene Entsolidarisierung fortzusetzen. Dies drückt sich

und mehr. Es ist doch äußerst fatal, wenn der Bundestag am 21. Juni 1991 eine Überprüfung des Frauenrentenrechts beschloß, um die wachsende Differenz zwischen Männer und Frauenrenten einzugrenzen, d.h. er hatte Rentenverbesserungen im Auge. Nunmehr aber wird eine beträchtliche Verschlechterung durch die Erhöhung des Rentenalters für Frauen und die anderen Leistungseinschränkungen vorbereitet. Jährlich werden etwa 500.000 Frauen im gesamten Bundesgebiet von der Erhöhung des Rentenalters betroffen sein. Sie sind auf Grund ihres Alters auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar. Sie bleiben also länger in Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsmarkt wird davon

nicht profitieren, wohl aber die Rentenkassen, die dafür keine Rente zahlen müssen. Wenn auch versichert wird, daß die derzeitige Rentnergeneration von den neuen Maßnahmen nicht betroffen sei, wird sie doch durch den sozialen Kahlschlag Einbußen hinnehmen müssen. Insbesondere die künftige Rentnergeneration wird davon betroffen werden. Gegen alle Versuche, das bestehende Rentenrecht auszuhebeln, sollten wir gut gerüstet sein. Wer Haushaltslöcher auf Kosten alter Menschen stopfen will, will auch den Sozialstaat abschaffen. Daher ist es jetzt gefordert, Protest zu erheben.

Dr. Fritz Rössel ist stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM), Berlin

Eingeständnisse und Absichten

Fritz Rössel zur Bonner Reform des Rentenstrafrechts

Auswirkungen die Formulierung hat, daß Paragraph VI, Abs. 2 und 3 nicht geändert werden. Wird der darin genannte Personenkreis Rentenkürzungen hinnehmen müssen, oder gilt für ihn auch die neue Höchstbegrenzung? Zusammenfassend kann man feststellen, das Rentenstrafrecht wird nicht endgültig abgeschafft. Es wird in stark eingeschränkter Weise weiter aufrecht erhalten.

Während der Debatte kam es zu einem bisher vermiedenen Eingeständnis. Der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Hinrich Kuessner, erklärte in der Debatte: „Wir wollten Strafe“. Damit bestätigt er eigentlich die Grundgesetzwidrigkeit des AAÜG. Denn nach allgemeiner Rechtsauffassung haben Strafen im Rentenrecht nichts zu suchen.

auch darin aus, daß bisher vorenthalte- ne Renten nicht erstattet werden. Damit wird neues Unrecht installiert. Bestandsrentner haben „Ordnungsgeld“ zu zahlen. Neuzugänge sind davon „befreit“. Skepsis ist angebracht über den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes. Zu oft wurden wir getäuscht. Eine sozial gerechte Lösung wäre die Anerkennung aller bisher vorenthaltenen Renten und die endgültige Beseitigung des Renten- und Versorgungsunrechts. Ob der im Entwurf genannte Termin, 1. Januar 1996, eingehalten werden kann, ist fraglich. Gegenwärtig richten sich zu viele Attacken gegen das bestehende Rentenrecht. Beitragserhöhung, Erhöhung des Rentenalters, Rentenbesteuerung, weitere Leistungseinschränkungen bei Ausbildungszeiten beunruhigen die alten Leute mehr

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN**Tarifabschluß Papierindustrie**

1,85% für 11 Monate, 90% Einstiegslohn für Langzeitarbeitslose, Übernahme der Azubi für mindestens ein halbes Jahr, Altersteilzeit für maximal 3% der Beschäftigten ab 55 Jahren mit mindestens 85% vom Nettolohn, Abfeiern der Überstunden ohne Zeitvergütung der Überstundenprozente innerhalb von drei Monaten bzw. – ist dies aus betrieblichen Gründen nicht möglich – mit Ausbezahlung der Überzeit nach drei Monaten. Im wesentlichen ist der Abschluß ähnlich dem bei Chemie, bis auf die noch geringere Lohn- und Gehaltserhöhung und das Nichtausgleichen von Überstundenprozents in Freizeit. Die Altersteilzeit kann in beiden Branchen in diesem Tarifjahr wahrscheinlich nicht mehr greifen, weil sich der Gesetzgeber plötzlich Zeit für die Realisierung läßt. Bei der SCA (ehemals PWA) in Mannheim war zum Termin der Verhandlung am 30.4. mit großem Erfolg von den Vertrauensleuten eine Unterschriftenaktion vor den Toren durchgeführt worden mit der Aufforderung an die Arbeitgeber nach einem ausreichenden Angebot und keine Öffnung der Tarifverträge. Um so enttäuschter waren die Vertrauensleute nach dem Abschluß, der bei schlechter wirtschaftlicher Lage des Unternehmens eine Kürzung des 13. Monatslohns und eine Halbierung des Urlaubsgeldes ermöglicht. Die Vertrauensleute forderten die Vorstandsmitglieder der Verwaltungsstelle der IG Chemie auf, sich innerhalb des DGB für Aktionen gegen weitere Plünderungen durch den Staat, speziell gegen Kürzungen der Lohnfortzahlung stark zu machen. (ide)

Mercedes Benz AG erpreßt Belegschaft

Der Betriebsrat der Mercedes-Benz AG Werk Sindelfingen teilt mit:

Die Werkleitung hat am 2.5.1996 den Betriebsrat über Maßnahmen zur Standortsicherung informiert. Kern der Aussage war, nur wenn die Produktion des CL 203 und die Baureihe 211 im Vergleich zu Standorten in Frankreich, Großbritannien oder in den ASEAN-Staaten wirtschaftlich ist, wird die Investition für Sindelfingen beschlossen.

Um dies durchzusetzen fordert die Werkleitung: 1. Abschaffung der tarifvertraglichen Erholzeiten und der persönlichen Verteilzeiten. 2. Streichung der Schichtzulagen. 3. Maßnahmen zur Senkung des Krankenstandes von 8% auf 4%. 4. An 24 Samstagen pro Jahr und Schicht soll zuschlagsfrei gearbeitet werden können.

Die Werkleitung hat sich hier voll an die Kampagne der Arbeitgeberverbände gehängt und entsprechende Forderungen in ihrem Gruselkatalog aufgenommen. Von der Standortentscheidung hängen für den CL 203 ca. 2250 und für die Baureihe 211 ca. 12600 Arbeitsplätze in Sindelfingen ab.

Unverhohlen wurde auch gedroht, daß es zu Kündigungen kommen kann, wenn der CL 203 und die Baureihe 211 nicht in Sindelfingen produziert werden.

Der Betriebsrat hat die Vorstellungen der Werkleitung zur Kenntnis genommen. Am 14.5.1996 wird der Betriebsrat sein weiteres Vorgehen beschließen.

Nachbemerkung: Ein ähnliches Vorgehen der Werkleitung im Mercedes Werk Metzingen wurde von der Belegschaft



mit Streikaktionen beantwortet – wir berichteten, daß die Werkleitung daraufhin zurückstecken mußte.

Strafaktion gegen unliebsame Beschäftigte bei Burda

Wer bei Burda auf seinem Recht besteht, wird mit Lohnabzug bestraft! Nachdem es Geschäftsleitung und Betriebsrat der Burda Druck GmbH in Offenburg nicht gelungen ist, von allen Beschäftigten die Unterschrift unter die tarifwidrige Betriebsvereinbarung vom 29.2.1996 zu bekommen, gehen sie nun offen zur Erpressung über. 60 Kolleginnen und Kollegen sind nach wie nicht bereit, die Verlängerung der Arbeitszeit auf 39 Stunden, einschließlich 2 Stunden ohne Lohn, hinzunehmen. Ihnen soll nun eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich und die Streichung aller übertariflichen Leistungen in einem Schritt diktiert werden.

In zynischer Manier wird dies in einer Zusatzvereinbarung zur Betriebsver-

einbarung als „Respekt vor ihrer abweichenden Meinung“ deklariert und großzügig, „um dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung gerecht zu werden“, den Kolleginnen und Kollegen das „Recht“ eingeräumt, sich noch bis zum 15. Mai 1996 „dem Burda-Modell anzupassen“. Schlitzohrig meinen Geschäftsleitung und Betriebsrat, die IG Medien mit dem Tarifvertrag vom 19. April 1996 zu schlagen, der ja tatsächlich die Möglichkeit zur Absenkung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden ohne Lohnausgleich einräumt.

Offenbar ist ihnen entgangen, daß dies ausdrücklich nicht für einzelne Arbeitnehmer, sondern „für Arbeitnehmergruppen, für einzelne Abteilungen oder für den ganzen Betrieb“ gilt. Allein die Tatsache, daß Menschen auf ihrem Tarifrrecht bestehen, macht sie noch nicht zu einer Arbeitnehmergruppe. Gedacht ist dieser Teil des Tarifvertrages für wirtschaftlich gefährdete Betriebe als Notlösung, um Entlassungen zu vermeiden, und setzt nicht zuletzt voraus, daß der Betriebsrat die Notwendigkeit sorgfältig überprüft. (aus CL-Netz)

Ich bin seit 1992 Busfahrer bei der Hamburger Hochbahn und von Anfang an Mitglied in der ÖTV. Der Beitritt zur Gewerkschaft war für mich selbstverständlich, weil es meine Überzeugung ist, daß sich Lohnabhängige heute wie früher in einer Organisation zur Wahrnehmung ihrer Interessen zusammenschließen müssen.

Seit ich bei der HHA arbeite, sind in mir aber immer wieder Zweifel aufkommen, ob es sich bei der ÖTV um solch eine Organisation handelt, und in jüngster Zeit frage ich mich inzwischen ernsthaft, wofür ich meine Mitgliedsbeiträge bezahle. Diese Entwicklung möchte ich kurz beschreiben.

Seit meiner Einstellung bei der HHA haben sich die Arbeitsbedingungen immer weiter verschlechtert. (...)

Der eigentliche Ausverkauf kam erst mit den Tarifverhandlungen 1996. Er kündigte sich im Februar in der „HHA-Intern“ (die Firmenzeitung des HHA-Vorstandes) mit folgendem Artikel an: „Streik abgewendet – Verhandlungen um Tarifverträge gehen weiter“, lautete der Titel. Es folgten offene Drohungen mit Arbeitsplatzabbau:

Die sehr schwierigen Verhandlungen um neue Tarifverträge für die HHA wurden am 15. und 16. Februar 1996 weitergeführt. Gemeinsames Ziel ist es, unter Wettbewerbsbedingungen die Arbeitsplätze weitestgehend zu erhalten. Erreicht zum Beispiel die Sparte Bus dieses Ziel zum 1. Januar 1999 nicht, stehen in diesem Bereich rund 2500 Arbeitsplätze im Risiko. Jeder Schritt zur Kostensenkung und Produktivitätssteigerung müsse getan werden, betont Vorstandsmitglied Wolfgang Hauck. Der Arbeitsdirektor appelliert in diesem Zusammenhang eindringlich an die Tarifpartner: „Erkennt Eure Verantwortung, die Probleme sind nur gemeinsam zu lösen. Machtspielerien sind fehl am

Enttäuscht von der ÖTV

Tarifvertrag aus der Sicht eines Busfahrers

Platz.“ Zum ersten Mal wurde ich informiert über Pläne zum Arbeitsplatzabbau und Streikabsichten – vom Arbeitgeber! Von den Zielen und Absichten der ÖTV war uns gegenüber nach wie vor nichts zu hören.

Mit dem 22. März veränderte sich das Bild schlagartig. Informationen gab es plötzlich jede Menge. In der Hamburger Presse erfuhren meine Kollegen und ich, daß von „Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und unbezahlten Pausen“ bei der HHA die Rede war. Keine der Zeitung konnte konkrete Zahlen nennen – und von unserer Gewerkschaft hörten wir immer noch nichts! Es war zwar hin und wieder die Rede von einer niedrigeren Einstufung bei Neueinstellungen gewesen, aber nie von Lohnkürzungen bei bereits Beschäftigten. Weder die ÖTV noch der Betriebsrat hat uns über die Entwicklung auf dem laufenden gehalten, geschweige denn über einen solchen neuen Haustarifvertrag informiert und diskutieren oder abstimmen lassen, sondern die Information der Presse überlassen.

Inzwischen wissen wir, daß die ÖTV-Führung den Aufruf des Herrn Hauck (übrigens ehemaliger Betriebsratsvorsitzender) willig befolgt, ihre „Verantwortung erkannt“ und auf wirklich jede Art von „Machtspielerien“ (wer die wohl spielt?) verzichtet hat. Wir Busfahrer der HHA sollen mit ausdrücklichem Einverständnis der ÖTV aufgespalten werden in eine Zweiklassen-Belegschaft und außerdem Versuchsobjekte in einer Art Freilandversuch für den Abbau von

gewerkschaftlichen Errungenschaften werden. Hier zunächst die wichtigsten Verschlechterungen:

Diejenigen Fahrerinnen und Fahrer, die seit dem 1. Januar 1991 eingestellt wurden (nach meiner Kenntnis knapp 800 KollegInnen), werden zum 1. Oktober rückwirkend zurückgestuft und mit 20000 DM abgefunden! Die Rückstufung bedeutet eine so hohe Einkommenseinbuße, daß die Abfindung nach noch nicht einmal 18 Monaten aufgebraucht ist!

Zwar gibt es eine lineare Gehaltserhöhung um 1,5%, dazu kommt ein weiterer Prozentpunkt, der aber je nach Krankheitstagen wieder gestrichen wird.

Die Wochenarbeitszeit wird wieder erhöht von 37 auf 38,5 Stunden, die Dienstzeitregelung (Pausen, Höchstdienstlänge Rüstzeiten usw.) wird erheblich verschlechtert, Zulagen und Überstundenzuschläge drastisch gekürzt.

Die Überschrift über dieses „ÖTV-Tarif-Info 4“ lautet übrigens: „Einkommenserhöhung vereinbart! Alle Busbetriebsstandorte gesichert! Abbau von 850 Arbeitsplätzen verhindert! Arbeitsplatzgarantie bis 31.12.2000!“

Die ÖTV-Führung hilft also im Rahmen von Tarifverhandlungen, über die nur mit dem Senat, aber – unter Mißachtung der innergewerkschaftlichen Demokratie – nicht mit den Gewerkschaftsmitgliedern diskutiert und entschieden wird, dem Arbeitgeber, einen Keil in die Belegschaft zu treiben.

Die gleiche ÖTV-Führung hat bislang darauf verzichtet, politisch Druck zu machen, damit in einem ÖPNV-Gesetz solche Standards im öffentlichen Nahverkehr gesetzt und garantiert werden, daß Billigfirmen keine Chancen haben. Sie hat sich lieber in Kamingsgesprächen mit der Landesregierung und den Arbeitgebern über Kürzungen verständigt, als mit einer kritischen Fahrerabordnung neue und vernünftige Verkehrskonzepte zu erarbeiten und sie den Arbeitgebern vorzuschlagen. Und sie ist sowohl der eigenen Mitgliedschaft als auch den anderen Gewerkschaften in den Rücken gefallen, indem sie durch die Hintertür der Einführung von Karenztagen zugestimmt hat!

Dieser Tarifvertrag ist für die Betroffenen eine soziale Katastrophe (nach meiner Berechnung wird mein Gehalt etwa 800 DM brutto weniger betragen), für die Fahrgäste und den Straßenverkehr allgemein eine Verschlechterung der Sicherheit, und er bedeutet den Einstieg ins Lohndumping im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs: die HHA nimmt als Maßstab für die neue Bezahlung das Tochterunternehmen TQG (Traves Omnibusgesellschaft mbH), das die niedrigsten Löhne dieser Branche zahlt (TQG: ca. 3800 DM brutto mit Zulagen im Monat gegenüber – noch – 4600 DM bei der HHA) und das u.a. Wolgadeutsche einstellt, die auch schon ihren Willen bekundet haben, zu niedrigeren Löhnen arbeiten zu wollen. Weder die ÖTV-Führung, noch die Arbeitgeber sind gewillt, sich Gedanken zu machen, was wir eigentlich leisten, welche Verantwortung wir tragen und was es bedeutet, wenn überarbeitete, gestreßte und (zu Recht) schlecht gelaunte Fahrerinnen und Fahrer ein 26-Tonnen-Fahrzeug mit bis zu 200 Passagieren durch die Stadt fahren!

(In, Lokalberichte Hamburg, gekürzt)

Tarifpolitik ohne Forderung

Erstaunt rieben sich viele Metall-Gewerkschafter am Morgen des 26. April die Augen: Aus der Zeitung erfuhren sie, daß die Große Tarifkommission der IG Metall Baden-Württemberg auf die Forderung der Arbeitgeber eingegangen ist, schon jetzt über die Lohn- und Gehaltserhöhung für 1997 zu reden. Der VMI hatte dies in der Verhandlung am 22. April zur Bedingung für eine Lösungsmöglichkeit bei der Altersteilzeit genannt.

„Alle Chancen nutzen“ und „Laßt es uns versuchen“ hatte Bezirksleiter Gerhard Zambelli am Nachmittag des 25. April 1996 den Delegierten zugerufen. Es gehe darum, ein tarifpolitisches Paket zu schnüren mit folgenden Bestandteilen:

- einen obligatorischen Ausgleich von Überstunden in Freizeit
- eine tarifliche Altersteilzeitregelung, die deutlich besser sei als das Gesetz
- eine Verlängerung des Beschäftigungstarifvertrags, der im Krisenfall zwingend angewendet werden müsse.

Wenn die Unternehmer bereit seien, einem solchen Paket zuzustimmen, sei die IG Metall bereit, schon jetzt über die Lohnzahl 1997 zu reden. Diese Zahl müsse sich nicht auf den Inflationsausgleich beschränken.

Die IG Metall Baden-Württemberg betreibt damit eine tarifpolitische Wen-

de ersten Ranges. Ohne vorherige Beratung in den Betrieben und Ortsverwaltungen wurde die Große Tarifkommission zu einer Entscheidung gezwungen. Eine Tarifforderung wurde vorher nicht diskutiert. Mit lohnpolitischer Verzichtsbereitschaft erhofft sich die Bezirksleitung ein Entgegenkommen bei den Arbeitgebern. Gerhard Zambelli wischte Kritik daran weg mit dem Hinweis, es werde nicht verhandelt, sondern geredet. Man müsse es versuchen, man müsse halt alle Chancen nutzen.

Die Mehrheit der Großen Tarifkommission folgte darin ihrem Bezirksleiter. Gegenstimmen kamen vor allem von ehrenamtlichen Funktionären aus den Großbetrieben im Raum Stuttgart. Ihre Stellungnahmen sind in den „metallnachrichten“ Nr. 3 abgedruckt:

Der Vorsitzender des Vertrauenskörpers bei Porsche, Uwe Hück meinte: „Jetzt Lohnverhandlungen in die Gespräche einzubeziehen, macht uns das Leben schwer. Ohne Diskussion mit den Mitgliedern, wie wir es in einer Resolution fordern, ist diese unabhingestimmte Vorgehensweise für uns unakzeptabel.“

Walter Bauer, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Robert Bosch GmbH, kritisierte das Vorgehen: „Ich bin gegen diese frühen Lohnverhandlungen. Wir werden zum Schluß wieder reingelegt wie in Bonn. Es ist auch der falsche Weg,

dies ohne Diskussion im Betrieb zu tun. Der IG-Metall-Vorstand soll erst eine betriebliche und gesellschaftliche Mobilisierung einleiten.“

Helmut Lense, Betriebsratsvorsitzender von Mercedes-Benz Untertürkheim, sprach sich ebenfalls gegen vorgezogene Lohnverhandlungen aus: „Irgendwann werden in den Gesprächen Prozedere genannt werden müssen. Dann können wir uns nicht verabschieden bis Januar 1997. Die IG Metall stellt sich selbst unter Zugzwang.“

Angesichts solcher Stellungnahmen aus Großbetrieben erscheint es schon sehr gewagt, Tarifpolitik neu zu definieren. Wie kam es dann zum Beschluß der Tarifkommission?

Für die Einbeziehung der Lohnforderung in das Verhandlungspaket sprachen sich vor allem hauptamtliche Funktionäre aus den südlichen Landesteilen aus – und der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Mercedes-Benz Karl Feuerstein. Mit ihm stimmten Delegierte des Werkes Sindelfingen. Er verwies auf den bisherigen „sozialverträglichen“ Personalabbau bei Mercedes-Benz: „Zwischen 1992 und 1994 sind bei Mercedes-Benz 40000 Stellen abgebaut worden. 20000 konnten durch die Vorruhestandsregelung abgefangen werden. Wir können gar nicht verhindern, daß ein Paket geschnürt wird. Wir soll-

ten es jetzt angehen. Unsere Mitglieder erwarten, daß wir handeln.“

Noch ist nicht entschieden, ob es tatsächlich zu „Lohn-Gesprächen“ mit dem VMI kommt. Zuerst muß darüber am 14. Mai 1996 der Vorstand der IG Metall entscheiden. Aber in gewisser Weise ist diese Wende der IG Metall-Betriebsleitung logische Fortsetzung der vom Vorstand eingeleiteten Bündnis-Diskussion. Auch Klaus Zwickel hatte ohne vorherige Beratung in den Gremien einen Abschluß in Höhe der Inflationsrate in Aussicht gestellt, wenn die Bundesregierung die Leistungskürzungen für Arbeitslose und Arme stoppt und wenn bis 1998 300000 Arbeitsplätze von den Metallunternehmern geschaffen werden und wenn jährlich die Zahl der Ausbildungsplätze um fünf Prozent erhöht wird. Keine dieser Bedingungen ist erfüllt worden, und mehr denn je betreibt die Bundesregierung Abbau sozialer Leistungen. Trotzdem hält der Vorstand der IG Metall am Bündnis fest.

Zambellis Vorstoß ist jetzt noch weitgehender: Er bietet einen Abschluß in Höhe der Inflationsrate an, wenn der Personalabbau mittels Tarifverträge gebremst wird. Eine Mobilisierung der Belegschaften hat die Bezirksleitung bis jetzt nicht vorgesehen. Es soll ja nur geredet werden!

– (rkw)



„Frauen (und Männer) kontra Sozialabbau“: 5000 Frauen, Männer, Kinder demonstrierten am 11. Mai in Stuttgart. Sybille Stamm, Landesvorsitzende der IG Medien protestierte gegen die Heraussetzung des Rentenalters, die Kürzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit, die Lockerung des Kündigungsschutzes und forderte Versicherungsschutz für alle Arbeitsverhältnisse. Weitere Rednerinnen – davon drei ohne deutschen Paß – waren eine seit langem arbeitslose Frau, eine schwerbehinderte alleinerziehende Sozialhilfeempfängerin, eine Schülerin, eine berufstätige alleinerziehende Frau, eine Betriebsratsvorsitzende im Handel, wo 70 Prozent der Frauen ohne Versicherungsschutz arbeiten. – (ulk)

Mittlerweile zum fünften Mal führte die IG Metall in diesem Jahr eine Jugendbildungstagung durch. Ehrenamtliche Jugendteamer aus der ganzen Bundesrepublik treffen sich für jeweils drei Tage, um Erfahrungen auszutauschen, konzeptionell zu arbeiten und die eigene Weiterbildung zu betreiben. Bei der diesjährigen Tagung befaßte sich eine Arbeitsgruppe mit Intentionen, Auswirkungen und Auswüchsen des Bündnisses für Arbeit. Wir dokumentieren die in der AG erarbeitete Erklärung, die auf die interorganisatorische Diskussion Einfluß nehmen soll, auszugsweise. (rog)

Erklärung:

Wir als Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jugendbildungstagung der IG Metall 1996 stellen fest: Durch das Handeln von Bundesregierung, Unternehmern und ihren Verbänden sind die von Klaus Zwickel für ein Bündnis für Arbeit formulierten Bedingungen nicht eingelöst worden; vielmehr sind wir heute von den Einlösungen dieser Bedingungen und den Voraussetzungen dafür weiter entfernt als im Herbst 1995. Ein weiteres festhalten an diesem Vorschlag ist damit hinfällig.

Die Kostensenkungsstrategien der Unternehmer gehen zu Lasten von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Der fortgesetzte Sozialabbau vergrößert die Armut in unserer Gesellschaft weiter. Als Ergebnis dieser Politik nehmen zugleich auch der Reichtum der Reichen

Widerstand statt Burgfrieden

Erklärung des Jugendbildungstages der IG Metall zur „Bündnis-für-Arbeit“-Politik

und die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich zu. Diese Politik wird flankiert durch einen Abbau von Arbeitnehmerrechten und Rechtsstaatlichkeit allgemein. Zur Durchsetzung dieser Politik wird abgelenkt von den tatsächlichen Verursachern der Mißstände, von ökonomischen Zusammenhängen und Gesetzmäßigkeiten, vom inzwischen angesammelten Reichtum in dieser Gesellschaft.

Eine Fortsetzung dieser Politik wird noch mehr Arbeitsplätze vernichten, noch mehr soziale Not erzeugen und die Gefahr einer weiteren politischen Rechtsentwicklung fördern. Eine Fortsetzung dieser Politik wird auch die Konkurrenz und Spaltungstendenzen zwischen denjenigen verschärfen, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft oder auf soziale Transferleistungen angewiesen sind. (...)

Aus den oben genannten Gründen muß es darum gehen, gemeinsam mit allen betroffenen Gesellschaftsgruppen als potentiellen PartnerInnen in den nächsten Wochen und Monaten eine Be-

wegung von unten zu initiieren, welche die Kräfte der von Sozialabbau und Umverteilung ‚von unten nach oben‘ Betroffenen bündelt. Diese Bewegung muß die Legende vom Bankrott des Sozialstaates widerlegen und Anforderungen an die Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems formulieren. Es gibt Vorschläge zu einer wirksamen Besteuerung von Vermögen und Gewinnen, die eine solche Ausgestaltung finanziell ermöglicht; diese müssen von uns aufgegriffen und in die öffentliche Diskussion eingebracht werden.

Daneben müssen wir unsere tarifpolitische Diskussion reaktivieren und die Auseinandersetzung um die Gestaltung der Arbeit forcieren. Erfolgreiche Tarifpolitik bedarf heute der Solidarität und Kooperation der Einzelgewerkschaften. Das heißt für uns, daß wir nicht ZuschauerInnen der Tarifausschöpfung des öffentlichen Dienstes sein können. Die Arbeitgeber fordern eine Nullrunde um die öffentlichen Kassen zu schonen. Doch diese Tarifrunde wird Signalcharakter haben für alle folgen-

den Tarifausschöpfung. (...)

Neben der Frage von Entgelterhöhungen müssen wir uns in unserer eigenen Tarifpolitik auch wieder stärker den Arbeitsbedingungen zuwenden. Ein großer Teil der Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre ist möglich geworden aufgrund von Leistungsverdichtung. Darum müssen wir unsere Aufmerksamkeit der Organisation des Arbeitsprozesses widmen.

Das bedeutet eine Bewegung zur sozialen Sicherung anzustoßen, als Weg, den wir mit Biß beschreiten müssen, in dem wir unsere Möglichkeiten der Aufklärung und des Gegengewichts organisieren. (...)

Als Gewerkschaften müssen wir auch speziell etwas für die Perspektive von Jugendlichen tun, um zu verhindern, daß Jugend als eine Gruppe ohne Lobby völlig an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird.

Wenn nicht wir - wer sonst?

Eine Aufforderung zum Gegengewicht – mit der Erfahrung von alternativen Beschäftigungsprogrammen – mit dem Wissen um den Zweck des Sozialstaates – mit unserer Mobilisierungsfähigkeit –

- für Umverteilungen z.B. im Bereich von Arbeit und Reichtum
- für eine Umlagefinanzierung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen
- gegen die Konkurrenz zwischen Ausbildung und Übernahme
- für eine beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzung
- gegen einen Abbau von Arbeitnehmer-schutzgesetzen, insbesondere des Jugendarbeitsschutzgesetzes. (...)

PDS-Nachwuchspolitikerin übt „Sommertheater“

Christine Ostrowski und Roland Weckesser veröffentlichen einen „Brief aus Sachsen“

Das folgende Dokument enthält Überlegungen von C. Ostrowski, Sprecherin der Dresdner PDS. Die Reaktionen in der PDS sind weitgehend negativ. Die Auseinandersetzung mit C.O. ist schwierig, weil sie ohne jeden Bezug zu Programm und Statut der PDS argumentiert und sich keine Gedanken macht, was wohl geschähe, wenn die Partei ihren Vorschlägen folgte. Wie zum Beispiel hätte die Partei in Durchführung ihrer Einfälle mit den Landesverbänden im Westen zu verfahren? Auflösen? Ausschließen? Braucht die PDS wirklich ein eigenes Sommertheater? Und wenn es schon gebraucht würde, müssen dann wirklich so brutal schlechte Stückchen inszeniert werden? (maf)

Für einen eigenen Weg statt „links von der SPD“. Für eine ostdeutsche Volkspartei PDS, für den Abschied von der Westausdehnung, für eine kommunalpolitische Offensive.

Wir halten es für unsere Verantwortung und für an der Zeit, mit den nachfolgenden Überlegungen in die öffentliche Diskussion zu treten. Es gibt viele Gründe, das jetzt zu tun. Dazu gehören der Ausgang der Volksabstimmung zum Fusionsvertrag Brandenburg-Berlin, die Diskussionen im Zusammenhang mit der Schweriner Regierungskrise und die ausgebliebenen praktischen Konsequenzen aus dem kommunalpolitischen PDS-Parteitag in Magdeburg. Unmittelbarer Anlaß aber sind die parteiinternen Angriffe auf den PDS-Bezirksbürgermeister von Berlin-Marzahn, Harald Buttler. Er hatte sich in einem *junge Welt*-Interview vom 4.5. zu einem gewaltfreien Umgang mit jugendlichen Anhängern der rechten Szene bekannt.

Die Westausdehnung der PDS ist objektiv gescheitert, trotz massiven Einsatzes von Mensch und Material bleiben Wahlergebnisse sieben Jahre nach der Wende in der Regel sogar noch hinter früheren Ergebnissen der Splitterpartei DKP zurück. Das verwundert uns nicht, denn für eine West-PDS gibt es in der politischen Landschaft keinen Platz. Viele der linksradikalen Zirkel, die sich im Westen „PDS“ nennen, verbindet wenig mit dem Gros erfolgreicher PDS-Kommunalpolitiker im Osten. Vernünftige linksorientierte Menschen wiederum brauchen in den alten Bundesländern momentan keine PDS, sie sollten mit ihrem Engagement verstärkt jene Parteien bereichern, mit denen die ostdeutsche Volkspartei PDS auf Bundesebene zusammenarbeiten kann, weil es dafür hinreichend viele programmatische Übereinstimmungen gibt.

Um nach dem strategischen Vorbild der CSU nicht konservativ-bayerisch, sondern links-ostdeutsch republikweiten Einfluß entfalten zu können, braucht die PDS keine West-Struktur. Nach Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach liegt die PDS auf dem Territorium der Ex-DDR seit längerem bei einem Stimmenanteil von rund 25 Prozent, dies halten wir in Fortsetzung der Entwicklung der letzten Jahre für ausbaufähig.

Perspektivisch könnten in Ostdeutschland CDU, SPD und PDS jeweils auf Dauer ähnlich große Wählerpotentiale an sich binden. Als klassische Volksparteien dürften sich allein schon von der Mitgliederzahl her lediglich CDU und PDS etablieren.

Welche Konsequenzen daraus womöglich irgendwann die westdeutsche SPD zieht, ist ihre Sache und braucht von uns daher an dieser Stelle nicht näher

erörtert zu werden. Für uns reicht es festzustellen: Die PDS sollte sich auf die Erweiterung ihres Einflusses in den neuen Bundesländern konzentrieren. Zum einen würde sie damit in höherem Maße tatsächliche Veränderungen und Verbesserungen für die hier lebenden Menschen erreichen, zum zweiten könnte wachsende Stabilität und massenhafte Unterstützung durch die in ihrem unmittelbaren Einflußbereich lebenden Menschen auch in die alten Bundesländer ausstrahlen, zum dritten wäre auf diese Weise am ehesten die Überwindung der 5-Prozent-Hürde zu schaffen und damit auch zukünftig die Präsenz auf Bundesebene zu sichern.

Wir sehen zum Beispiel in Sachsen wesentlich realistischere Reserven, dazu unseren Beitrag zu leisten, als durch permanenten Infotourismus in Bayern. Für den weiteren Ausbau der Volkspartei PDS in den neuen Bundesländern und Berlin ist das Buhlen um versprengte West-Linke eher hemmend. Was die PDS unter einem modernen Sozialismus versteht, muß sich aus den Alltagserfahrungen ihrer Millionen Anhänger im Osten bestimmen.

Wir verstehen Sozialismus als einen Begriff zur Umschreibung eines demokratischen Gemeinwesens, das zu einer marktwirtschaftlich begründeten Wertschöpfung und sozialem Ausgleich fähig ist. Die Erfahrungen eines gescheiterten Staats-Sozialismus sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie die aktuellen Auswüchse eines weltumspannenden Kapitalismus. Daraus ziehen wir die Konsequenzen, daß es ohne Freiheit keine Gleichheit, sondern nur Gleichmacherei, aber ohne ein Mindestmaß staatlicher Regelungen keine Gerechtigkeit, sondern nur Chaos und Recht des Stärkeren geben kann.

Als Quelle politischer Einsichten auch für die Landes- und Bundesebene empfehlen wir der PDS die Erfahrungen ihrer Kommunalpolitiker, die viel dazu beigetragen haben, seit 1990 eine herrschsüchtige Staatspartei in eine dienstbereite Bürgerpartei umzuwandeln. Es kann nicht angehen, daß sich anerkannte PDS-Bürgermeister parteiintern vor den Vertretern irgendwelcher Theorien moralisch rechtfertigen müssen, die ihrerseits offenbar außerstande sind, Hinweise für die praktische Organisation einer Gesellschaft zu geben.

Verantwortliche PDS-Kommunalpolitiker müssen fortan mehr in öffentliche Stellungnahmen der Gesamtpartei einbezogen werden.

Es ist ebenfalls nicht länger hinnehmbar, daß bisweilen der Eindruck von Gemeinsamkeiten zwischen der PDS und Leuten besteht, die randallierend durch die Gegend ziehen und behaupten, sie seien Linke. Das staatliche Gewaltmonopol ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Wer in pseudo-revolutionärer Aufwallung das Auto seines Nachbarn anzündet oder Bahngleise zerlegt, um so eine Meinung zur Kernenergie zu bekunden, ist ein „Fall“ für die Polizei, nicht aber für linke Solidarität. Wir legen im übrigen auch bei der Pflege „internationaler Beziehungen“ Wert darauf, daß Menschenrechte gerade dort respektiert werden, wo tatsächliche oder vermeintliche Linke am Hebel der Macht sitzen. Es ist nicht Aufgabe der PDS, die Bevölkerung zu „neuen Menschen“ zu erziehen. Derartige Versuche enden erfahrungsgemäß in diktatorischen Verhältnissen. Wir nehmen die Menschen so, wie sie sind. Wie soll die Gesellschaft aussehen, an deren Ausgestaltung wir mitarbeiten? Wie zuvor,

aber anders und besser als zuvor – unsere Vision ist so widersprüchlich wie die Welt selbst. Wir setzen in der Mitte der ostdeutschen Nachwende-Gesellschaft an, die nach anderen Lösungen als in der Alt-BRD verlangt. Zum einen wegen ihrer besonderen Vergangenheit, zum anderen wegen der Zukunft, die auch dem Westen durchgreifende Veränderungen abverlangt wird.

Unser Verständnis vom Sozialismus beginnt nicht beim Staat. Der Aufbau Ost wird überwiegend von einem bodenständigen Klein-Unternehmertum bewältigt, das im Mittelpunkt linker Wirtschaftspolitik stehen muß. Ohne den einheimischen Mittelstand wird es keine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung geben. Die Forderung auf staatliche Subventionierung verbliebener Großindustrie-Reste sichert verhältnismäßig wenige Arbeitsplätze, kostet aber unverhältnismäßig viel Geld, was natürlich nicht heißt, daß wir nicht auch um deren Erhalt kämpfen.

Wer im Ruhrgebiet mit Milliarden Mark Steinkohlebergbau-Arbeitsplätze über Wasser hält, muß erklären, wieso er nicht beispielsweise mit weniger Aufwand erheblich mehr Frauen-Arbeitsplätze in ostdeutschen Textilbetrieben gerettet hat. Wir lehnen den Wettbewerb mit der SPD ab, wer mehr staatliche Industrie-Subventionen fordert. Wo dagegen CDU-Politiker die christliche Soziallehre wirklich anwenden und ernsthaft „Hilfe zur Selbsthilfe“ leisten, befindet sich dies in praktischer Übereinstimmung mit unserem Menschenbild, das auf selbstbewußte und solidarische Bürger orientiert.

Linke Politik darf sich nicht in einer Aneinanderreihung von Diskriminierungen erschöpfen, die es zu bekämpfen gilt. Es steht jedem Anhänger oder Mitglied der PDS frei, marxistischen, feministischen, multikulturellen oder sonstigen Deutungsmustern zuzuneigen; zum Pluralismus der Partei gehört aber auch, daß sie niemanden auf neue Gläubigkeiten verpflichtet.

In Dresden trat die PDS offiziell gegen die stadtschneidende Autobahn nach Prag auf, viele ihrer Wähler stimmten dafür – na und? Es gibt PDS-Mitglieder, die für oder gegen Kernkraft, für oder gegen Gentechnologie sind, wie sich das für eine Volkspartei gehört. Das hat nichts mit Beliebigkeit zu tun, sondern mit der Verschiedenheit von Menschen, die ihren eigenen Kopf haben. Es spricht gerade für die PDS, daß sie bisher weder der hysterischen Technikfeindlichkeit gutverdienender grüner Wohlstandsbürger noch der Verschleierung von Risiken durch konzernhörige Technokraten verfallen ist. Das Profil einer sozialistischen Volkspartei bestimmt sich durch ihren praktischen Beitrag zu Gerechtigkeit und Freizügigkeit (z.B. Aktionen für bezahlbare Mieten und den Erhalt des öff. Nahverkehrs).

Eine Moral, die ihre Folgen nicht bedenkt, ist unmoralisch. Kein Land der Welt kann sich völlig offene Grenzen leisten, auch nicht die Bundesrepublik. Natürlich bedarf der Zuzug in dieses Land eines Regelwerkes, das nicht gänzlich frei von Beschränkungen sein kann. Das muß nicht Ausdruck von Abschottung sein, sondern ist erst einmal der Endlichkeit jeder menschlichen Gesellschaft geschuldet, die Wohnraum, Arbeitsplätze und Versorgungseinrichtungen nicht unbegrenzt vermehren kann. Wer eine möglichst humane Regelung von Asyl und Zuwanderung will, muß konkrete Vorschläge auf den Tisch legen; wer nur mit Nationalismus- und

Faschismus-Vorwürfen um sich wirft, erweist sich als unredlich und politikunfähig. Schließlich erwarten wir von der PDS eine Normalisierung in der Eigentumsfrage. Die offizielle Formel von der Gleichberechtigung unterschiedlicher Eigentumsformen macht es nämlich erforderlich, ein unverkrampftes Verhältnis zum Wunsch vieler Bürger nach eigenem Häuschen oder Eigentumswohnung zu entwickeln. Die Politik der PDS sollte auch in diesem Bereich auf größtmögliche Wahlfreiheit der Bürger ausgerichtet sein. Wir lehnen jedenfalls die ausschließliche Glorifizierung eines sehr eingegengten Spektrums von Lebensformen in diesem Land als „sozialistisch“, „selbstbestimmt“ oder „alternativ“ ab.

Mit einem modernen Sozialismus ist der Grundsatz unauflosbar verbunden, daß jeder nach seiner Fassung selig werden kann, solange er damit nicht die anderen in ihren Entfaltungsmöglichkeiten einschränkt. Ob Marxist, Katholik oder beides, ob hetero-, homo- oder bisexuell, ob Familienmensch oder Eigenbrötler – eine sozialistische Volkspartei weiß sich der Vielfältigkeit der Menschen verpflichtet. Wenn der proklamierte Abschied von der Weltanschauungspartei SED wirklich ernstgemeint war, steht uns der Abschied von der überholten politischen Gesäßgeographie des 19. Jahrhunderts noch bevor. Die PDS muß nicht „links von der SPD“ stehen, sie muß einfach anders als die SPD sein und die tatsächliche politische Heimat vieler unterschiedlicher Menschen, die sich aus unterschiedlichen Motiven als links verstehen.

Diese Andersartigkeit läßt sich nicht quantitativ, sondern nur qualitativ erfassen. Unsere Zukunft liegt nicht in einem radikaleren Nein zum Kapitalismus, sondern einem konsequenteren Ja zu einem eigenen Weg, der die vielen produktiven Kräfte nutzt, die zum großen Teil schon in der Nischengesellschaft der DDR herangereift sind. Die Bürger verlangen vom Staat nicht nur Sicherheit, sondern auch den Raum, sich untereinander helfen zu können. Sie erwarten von uns das Gegenteil von „Klassenkampf“, nämlich Ideen, wie Mieter und Vermieter, die neuen Ostunternehmer und ihre Beschäftigten, Alte und Junge gemeinsame Sache machen, gemeinsam leben können.

Mehr bezahlte Arbeit wird nicht schon durch ein „Nein zur Rotstiftpolitik“ ermöglicht, und erst recht nicht durch die Produktion immer neuer ideologischer Phrasen. Eine ostdeutsche Volkspartei PDS ist nicht langweilig, sondern viel spannender als eine eingegengte Richtungspartei, weil sie mehr als diese den Einfallsreichtum mobilisiert, der Menschen auszeichnet, die in einem welthistorischen Umbruch von Gesellschaftsordnungen Alltagserfahrungen sammeln konnten.

Die Abwicklung des „Projekts“ Westausdehnung mag für manchen schmerzhaft sein, gleichwohl ist diese Operation mehr als überfällig. Zugleich braucht die PDS eine politische Offensive „von unten“, stark getragen aus den Reihen ihrer aktiven Kommunalpolitiker. Denn auch über das in jüngster Zeit gern diskutierte Thema koalieren-tolerieren-opponieren läßt sich erst dann nutzbringend reden, wenn die PDS in der Mitte der ostdeutschen Gesellschaft angekommen ist.

gez. Christine Ostrowski, PDS-Stadtvorsitzende Dresden, Ronald Weckesser, PDS-Fraktionsvorsitzender im Dresdner Stadtparlament, Dresden, den 7.5.96

Mengenregulierung als Beitrag zur Verringerung klimarelevanter Schadstoffe in der Atmosphäre

Von Götz Renger, Mitarbeiter des PDS-Bundestagsabgeordneten Rolf Köhne

Bei den Großverbrauchern fossiler Energien, also in den Industriestaaten des Nordens, werden spätestens seit der Rio-Konferenz von 1992 Maßnahmen diskutiert, die mit ökonomischen Mitteln der zunehmenden Erwärmung der Erdatmosphäre begegnen sollen. Es geht darum, den Ausstoß von klimarelevanten Schadstoffen soweit zu begrenzen, daß ein unkalkulierbares Risiko vermieden wird. Einigkeit herrscht mittlerweile darüber, daß der Einsatz fossiler Energien in der Bundesrepublik bis Mitte des kommenden Jahrhunderts auf ein Fünftel der heutigen Menge reduziert werden mußte. Strittig ist der Weg dorthin und vor allem wer die Lasten dieses Umbaus tragen soll.

Anfang 1995 wurden die Mitarbeiter der Bundestagsgruppe mit der Erarbeitung von Positionen zur Ökologischen Steuerreform beauftragt. Bei dieser Arbeit galt es zu berücksichtigen, daß private Haushalte nicht mit Kosten belastet werden dürfen, wenn nicht zugleich auch Alternativen geschaffen werden, die eine Änderung der Konsumgewohnheiten ermöglichen. Die Lösung wurde in einem Verfahren gesucht, das die Einnahmen aus den verschiedenen Quellen des wirtschaftlichen Geschehens in einen Fonds für den ökologischen Umbau überführt. Bund, Länder und Gemeinden sollen diese Finanzmittel aus dem Fonds anteilig schöpfen. Der Verteilungsschlüssel sollte sich dabei an den unterschiedlichen Aufgaben orientieren:

- Finanzierung internationaler Klimaschutzmaßnahmen.
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zur Kompensation des teuren werden des Individualverkehrs.
- Auflage eines 100.000-Dächer-Programms zur Etablierung der Photovoltaik.
- Staatliche Zuschüsse für Wärmedämmungsmaßnahmen an der Altbauseubstanz.
- Erhalt und Ausbau von Fernwärmenetzen.
- Rekommunalisierung der Energieversorgungsunternehmen.

Die Mehrzahl dieser Maßnahmen kommt privaten Haushalten zu Gute. Damit kommen sie in den Genuß der Verbesserung der Lebensqualität und einer Kostendämpfung.

Die notwendigen Mittel sollen durch ein Verfahren der Regulierung und Verknappung von Angebotsmengen fossiler Energierohstoffe aufgebracht werden. Im Gegensatz zu einer statisch fortschreitenden Steuererhöhung, können sich gesamtwirtschaftliche Einsparerfolge dämpfend auf den Knappheitspreis auswirken. Eingesparte Kosten schlagen sich damit nicht allein nur auf Seiten der betriebswirtschaftlichen Einzelrechnungen nieder, sondern können darüber hinaus der gesamten Gesellschaft zurückgegeben werden. Angesichts des Umfangs, der Tiefe und der Dauer des Strukturwandels von mehreren Generationen muß so eine schlüssige Maßnahme ergriffen werden.

Am 16.1.96 hat die PDS ihre Vorstellung mit dem „Antrag zur Regulierung und Verknappung des Angebotes erschöpfbarer Energierohstoffe und Einrichtung einer Energierohstoffagentur“ konkretisiert (siehe Kasten). Das Verfahren der Mengenregulierung tritt in ihrer Wirkung und Zielstellung in Konkurrenz zu den Energiesteuervorschlägen der anderen Parteien.

Im Unterschied zur CO₂-/Energiesteuer, die den Verbrauch von Energiefabrikaten wie Mineralöl, Heizöl und Strom besteuert, beschränkt sich das Konzept der Regulierung von Mengen im wesentlichen auf die volkswirtschaftliche Makroebene des Angebots von unverarbeiteten energetischen Rohstoffen. Das nachgelagerte Problem der Verteilung der Energie und ihre Preisbildung werden dem Markt überlassen.

Übersteigt die Nachfrage das politisch verknappte Angebot, so kann eine Energierohstoffagentur als Monopolanbieterin höhere Preise durchsetzen. Die dabei erzielten Erlöse kommen dem Strukturwandel zugute, was die anfängliche Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage verringert. Ein solcher Regelungsmechanismus senkt zum ei-

nen die Nachfrage ab und wirkt andererseits einem exorbitanten Anstieg der Energiepreise entgegen.

Würden diese Mittel zur Entlastung der Unternehmen von Lohnnebenkosten verwendet, wären die Grenzen des Zumutbaren erheblich früher erreicht. Eine solche „Verteuerung des Faktors Natur“ bei gleichzeitiger „Verbilligung des Faktors Arbeit“ käme den Unternehmen gerade recht. Zum einen würden sich die Preissteigerungen für „Natur“ auch für sie in weit engeren Grenzen bewegen, zum anderen würde das Prinzip der paritätischen Beteiligung am System der sozialen Sicherung zu ihren Gunsten durchbrochen. Und zwar auch dann, wenn eine Energiesteuer zu Grunde gelegt wird, die keine abgestufte Besteuerung von privaten Haushalte über Gewerbe bis hin zu energieintensiven Branchen vorsieht, denn es läßt sich kaum verhindern, daß ein großer Teil der Lasten an die privaten Verbraucher durchgereicht wird. Eine Regulierung des Austauschs mit der Natur darf aber nicht mit zu einer sozialen Deregulierung führen.

Ökonomisierung der Natur

Da es sich bei fossilen Energieträgern um Naturstoffe handelt, sie also nicht wie andere Waren beliebig reproduzierbar sind und sich zudem noch mit zunehmenden Gebrauch erschöpfen, unterliegen sie besonderen Gesetzmäßigkeiten der Preisbildung. Dies sind die Differentialrente und absolute Rente.

Praktisch kommt die Differentialrente in der Bundesrepublik jedoch nicht zum Tragen, was nur unter In-Kaufnahme bizarrer politischer Szenen möglich ist. Die Oppositionsparteien fordern einerseits aus ökologischen Erwägungen höhere Preise für Energie, andererseits lassen sie Gesetze zur Subventionierung der Preise für heimische Steinkohle passieren, auf die man aus Gründen der Verbesserung der Außenhandelsbilanz nicht verzichten will. In der Konsequenz, daß die Energierohstoffpreise auf dem deutschen Binnenmarkt sich auf dem Niveau eines Welt-

marktdumpingpreises bewegen, der durch Strukturanpassungsmaßnahmen der Weltbank ebenso niedrig gehalten wird wie durch zwei Golfkriege um billiges Öl, ist im Vergleich zum so hergestellten Preisniveau selbst die Braunkohleförderung eine vergleichsweise teure Veranstaltung, die sich als Raubbau äußern muß. So werden notwendige Renaturierungsmaßnahmen der Tagebaulöcher fast nur noch als prekäre Arbeitsbeschaffungsmaßnahme organisiert. Nur eine Erhöhung der Rohstoffpreise kann hier Abhilfe schaffen.

Die Voraussetzungen für einen wirksamen Klimaschutz sind in der Bundesrepublik unter den gegebenen Bedingungen doppelt schlecht. Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten ist fast die gesamte öffentliche Energieversorgung privatwirtschaftlich organisiert. Zudem wirkt die Existenz eines heimischen Bergbaus den politische Anstrengungen zur Energieeinsparung entgegen. In einem Land wie Dänemark, das außer einer geringen Erdgasförderung, über keinen Bergbau verfügt, sind politische Fortschritte vergleichsweise leichter möglich, da jede Einsparung die Außenhandelsbilanz verbessert.

Den betroffenen Bergbauregionen und ihren Beschäftigten müssen also Sicherheiten gegeben werden, um sie aus der Interessenkoalition mit den Bergbaubetrieben zu befreien. Dabei macht es einen erheblichen Unterschied, ob Standorte als Ergebnis einer Marktreinigung aufgegeben werden müssen oder ob die Stilllegung von Bergbaubetrieben und ineffizienten Kraftwerken als Klimaschutzmaßnahme politisch verantwortet werden muß. Im Fall einer regulierten Ankaufs heimischer Energieträger durch eine Energierohstoffagentur sind die politischen Chancen für einen geordneten Ausstieg und die Zuteilung regionaler Strukturfördermittel ohne Zweifel größer.

Die Diskussion muß weitergehen

Wir sind nach einer Reihe von Überle-

Antrag der PDS: ... Einrichtung einer Energierohstoffagentur

1. Erschöpfbare Energierohstoffe unterliegen aus Gründen des Ressourcen- und des Klimaschutzes der besonderen Aufsicht und Kontrolle des Gesetzgebers, der damit seiner Verantwortung für die Daseinsvorsorge gegenwärtiger und zukünftiger Generationen gerecht wird.

2. Der Begriff der nicht erneuerbaren Energierohstoffe faßt fossile Rohstoffe wie Kohle, Braunkohle, Torf, Mineralöl und Erdgas. Gegenstand der Regulierung sind darüber hinaus elektrischer Strom aus Atomkraftwerken sowie aus Ländern der EU und Drittländern. Regenerative Energien werden von der Regulierung ausgenommen.

3. Grundlage der Regulierung sind jährlich zu verabschiedende Gesetze zur Bewirtschaftung von nicht erneuerbaren Energierohstoffen (Energierohstoffbewirtschaftungsgesetze), die ein Mengengerüst für verschiedene Energieträger umfassen, zulässige

Schwankungsbreiten des Energiemixes regeln, sowie einen Korridor zur sukzessiven Verknappung des Gesamtangebotes nicht erneuerbarer Energierohstoffe abstecken, damit eine Reduzierung von Emissionen klimawirksamer Schadstoffe zuverlässig erreicht wird.

4. Zur Erfüllung der gesetzlichen Maßgaben über den Handel und die Kontrolle von erschöpfbaren Energieressourcen wird eine öffentlich/privat gemischte, demokratisch durch das Parlament kontrollierte Agentur eingerichtet. Diese Energierohstoffagentur erhält das Monopol auf den Import von erschöpfbaren Energierohstoffen. Des weiteren erhält sie das Monopol für den Ankauf von erschöpfbaren Energierohstoffen aus heimischer Förderung.

5. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben kann sich die Energierohstoffagentur Dritter bedienen. Wer Energie im oben genannten Sinne, in Auftragsverwaltung der Energieagentur, importiert oder im Geltungsbereich des Gesetzes nach erfolgter heimischer Förderung lagert oder bevorratet, bedarf der Ge-

nehmigung. Die Genehmigung umfaßt Angaben über die zulässige Menge, Qualität und Herkunft der jeweiligen Energieträger, sowie eine Prüfung der Zuverlässigkeit und Sachkunde des Antragstellers. Sie regelt die Pflichten gegenüber der Energierohstoffagentur, wie die Pflicht zur monatlichen Darlegung der importierten, gelagerten oder bevorrateten Mengen.

6. Die Auftragsverwaltung wird vertraglich für die Dauer eines Jahres geregelt. Gegenstand der Verträge ist die Entgeltung der Kosten für Transport, Lagerhaltung und Umgang mit den Stoffen. Eigentümerin der Energierohstoffe ist die Energierohstoffagentur, welche die An- und Verkäufe tätigt.

7. Erlöse der Energierohstoffagentur, wie sie sich aus der Differenz zwischen Weltmarktpreisen und binnenwirtschaftlichen Knappheitspreisen als auch aus der Differenz zwischen den Förderkosten der verschiedenen heimischen Energieträger, wie etwa der Steinkohle und der Braunkohle, ergeben, werden in einen Fonds überführt, aus welchem zum einen Bund, Länder

und Gemeinden anteilig die Finanzmittel zur Einleitung des notwendigen Strukturwandels schöpfen, und dem zum anderen erhebliche Mittel für die Interessen der Länder des Südens und des Ostens zur Verfügung stellt.

8. Die Energierohstoffagentur ist verpflichtet, jährlich einen Bericht zu veröffentlichen. Dieser Bericht hat folgende Angaben zu umfassen:

- Mengen, Beschaffenheit, Herkunft und Preisbewegungen der angebotenen Energierohstoffe,
- Ermittlung von Gesamtemissionen der ihr vor- und nachgelagerten Produktion und Transportketten für nicht erneuerbare Energierohstoffe,
- Analysen über die Entwicklung ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen, die Einfluß auf die Preise an den internationalen Rohstoffmärkten nehmen.

9. Die Energierohstoffagentur unterbreitet dem Gesetzgeber Vorschläge und Empfehlungen zur Fortschreibung seiner Energierohstoffplanung und zur jährlichen Anpassung des Energiemixes.

gungen zu dem Schluß gelangt, daß das Verfahren der Mengenregulierung nicht nur die zielsicherste, wirtschaftlichste und sozialste Methode eines vorausschauenden Klimaschutz ist, sondern daß sie reale politische Chancen birgt. Damit die Debatte zu den wirklich wichtigen Fragen vordringen kann, soll daher den häufigsten Einwände in Kürze entgegnet werden:

Einwand Nr. 1:

„Das ist zentrale Planwirtschaft. Ein Versuch, der bereits gescheitert ist.“ Diesem Einwand begegnet man gelegentlich, aber wenn, dann sicherlich am häufigsten in den Reihen der PDS. Ansonsten assoziiert man zu Mengenregulierung so Proben wie die EU-Agrarpolitik, die sogar Einfluß auf jeden einzelnen Betrieb nimmt. Ohne Fischereischutzzonen und internationale Fischfangquoten gäbe es längst keinen Fisch mehr. Auch das System der europäischen Stahlquoten war über lange Jahre das einzige Mittel zum geordneten Rückzug aus der Schwerindustrie. Warum sollte also eine Maßnahme, die einen halbwegs geordneten Strukturwandel in der Kohle- und Stahlindustrie ermöglichte, im Falle der Energiewirtschaft nicht möglich sein?

Einwand Nr. 2:

„Menschheitsfragen finden im Kapitalismus keinen politischen Akteur.“ Wider alle Unkenrufe muß dennoch durch bessere Bündnis- und Konfliktlinien dieses Interesse verhandelbar gemacht werden. Und das ist nur möglich, wenn ein politischer Rahmen geschaffen wird, in dem unser objektives Interesse nicht verwischt, sondern deutlich zum Ausdruck gebracht werden kann.

Richtig ist, daß über die Verteilung der Lasten kein Konsens herbeizuführen ist, sondern nur ein Kompromiß von begrenzter Dauer. So wurde in der jüngsten Anhörung des Finanzausschusses deutlich, daß das Ziel von Energieeinsparungen zum Zweck des Klimaschutzes politischer Konsens besteht. Auf dieser allgemeinen Ebene beweist sich das Umweltproblem also durchaus als „Menschheitsfrage“. Gegenwärtig ist eine Lösung jedoch durch verschiedenste Interessengegensätze blockiert, da eine Energiesteuer nicht eine Verständigung über das Ziel, sondern gleich im ersten Schritt eine Verständigung über die Verteilung der Lasten (bei Unsicherheit der Zielerreichung) verlangt. Hier ist unser Vorschlag einer Mengenregulierung nach Energiebe-

wirtschaftungsplänen und der Einrichtung einer Agentur überlegen. Dieser Vorschlag setzt zunächst nur voraus, daß man sich über die Einrichtung einer Institution verständigt und die politische Verantwortung für die Einhaltung des Reduktionszieles übernimmt.

Ist ein solcher Rahmen erst einmal geschaffen, wird sich zeigen, daß die sich auftuenden Bündnis- und Konfliktlinien günstiger ausfallen als bei einer Steuerlösung. Ein etwas polemisches Beispiel könnte dann lauten, daß die PDS den Heizkostenzuschuß für Sozialrentner nicht länger gegen „das Weltklima“ verteidigen müßte, sondern gegen artikuliert Industrieeigenschaften, was erheblich zur Klärung beitragen würde. Langfristige Investitionsvorhaben, wie der Ausbau der Bahn in der Fläche, könnten politische Unterstützung seitens der energieintensiven chemischen Industrie erfahren. Und zwar genau dann, wenn diese Branche damit rechnen müßte, das preisdämpfende Einsparpotentiale erheblich kostengünstiger im Verkehrsbereich zu erschließen sind, als durch Investitionen in eigene Anlagen. Eine solche Dynamik, die die Frage nach volkswirtschaftlich leicht zu erschließender Einsparpotentialen aufwirft und zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung macht, ist mit einer Steuerlösung nicht in Gang zu bringen.

Der Markt wird auf ein begrenztes Angebot mit Panik reagieren. Zum Jahresende werden die Preise entweder astronomische Höhen erklimmen, oder das Regime der Angebotsverknappung wird zerbrechen.

Nachwachsende Rohstoffe, wie etwa Kaffee, unterliegen jahreszeitlich und witterungsbedingten Schwankungen in der Menge ihres Angebots. Um den saisonalen Handel mit Rohstoffen haben sich Finanzierungsinstrumente herausgebildet, die unter den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Marktes unfreiwillig dazu führen, daß die Marktpreise eine saisonale Bereinigung erfahren. Dies wird bei einem regulierten Handel mit Energie nicht anders sein. Gleichwohl sind aber auch Alternativen zum spekulativen Wareterminhandel möglich.

Einwand Nr. 3:

In Zeitalter der Globalisierung sind Alleingänge nicht mehr möglich.

So oder ähnlich lautet der häufigste Einwand. Um der zunehmenden Erwärmung der Erdatmosphäre entgegenzuwirken, bedarf es in der Tat weltweiter

Anstrengungen. Politische Maßnahmen einzelner Staaten müssen sich daher auch der Frage stellen, ob ihre Anstrengungen ein gemeinsames Vorgehen auf internationaler Ebene befördern oder lähmen.

Realistisch muß davon ausgegangen werden, daß ein EU-, OECD- und erst recht ein weltweites Energie-/Klimaabkommen nur erreichbar wird, je eher sich die Einsicht durchsetzt, daß der überproportionale Energieverbrauch in wenigen Ländern zu entsprechend überproportionalen Reduktionen führen muß. Das schließt den freien Handel mit Energie aus. Die bundesweite Einführung eines Verfahrens der Mengenregulierung wäre ein positives Signal für zukünftige Vereinbarungen innerhalb der EU sowie auf internationaler Ebene. Es würde die Ernsthaftigkeit der Reduktionsziele unterstreichen, nachprüfbar Vereinbarungen ermöglichen und ein international abgestimmtes Vorgehen ermöglichen.

Und eine internationale Abstimmung mit den armen Ländern des Südens ist dringend notwendig. Mineralöl als wichtigstes Handelsgut der Dritten Welt ist ausdrücklich von den Regelungen des Zoll- und Handelsabkommen GATT ausgenommen. Die Maßnahmen zur CO₂ Senkung dürfen nicht zu Lasten der Länder des Südens gehen. So befürworten der BUND und Misereor in ihrer jüngst erschienen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ unter anderem die Einführung einer CO₂-Energiesteuer und fordern im selben Kontext von der Europäischen Union den Abbau von Handelsbarrieren mit den Worten: „... volle Öffnung des eigenen Marktes für alle Rohstoffe und weiterverarbeiteten Produkte aus allen armen Ländern des Südens“. Energiesteuern wirken aber handelspolitisch nicht anders als die bekannte Mineralölsteuer: Sie sind nichts anderes als ein exorbitanter Zoll.

Und das ist ein soziales Problem von wirklich globalen Ausmaßen, das nur durch gezielte Begünstigung der armen Länder lösbar wird. Weiter müssen faire Rohstoffpreise und die Umkehr der finanziellen Transferströme eingeleitet werden. Dank der Gefahr einer weltweiten Klimakatastrophe, die ein international abgestimmtes Vorgehen verlangt, müssen auch solche Maßnahmen ernsthaft erwogen werden.

Götz Renger ist Mitarbeiter von Rolf Köhne, einem der energiepolitischen Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe. (Überschrift von der Redaktion)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin. Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg.

Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11/4 58 37 93 Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04/6 57 11, Fax: 03 42 04/6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift:

TERMINE

18./19.5.: „Bordieu“-Seminar der AG BWK / PDS HH im Büro der PDS Hamburg, Palmallee 24, 22767 Hamburg.

26.5.: Bundesweite Demo gegen den Abschiebeknast Büren (NRW), 12 Uhr ab Abschiebeknast. Infos: Cordula, c/o AStA, Warburger Str. 100, 33098 Paderborn, Tel. 05251-603174

1./2.6.: Braunschweig: Bundeskongreß der VVN/BdA

Juni: a.o. DGB-Jugendkongreß, u.a. mit Beratung über den Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms.

1.6.: 4. Linkes Medienspektakel auf dem Höhenlo in Suhl (Thüringen). Kontakt: PDS Suhl, AG Linkes Medienspektakel, Naumannstr. 4, 98527 Suhl, Tel./Fax 03681-28562

3.6.: NATO-„Frühjahrstagung“ in Berlin.

7. bis 9.6.: FDP-Bundesparteitag in Karlsruhe mit Beschluß über das neue FDP-Programm

14.-16.6.: Erfurt: Kommunalpolitischer Kongreß von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

14.-16.6.: Ort noch unbekannt: Bundestreffen der Föderation der Gewaltfreien Aktions-

gruppen (FöGA), Kontakt: FöGA, Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr. 6, 50733 Köln, 0221/765842, Fax 0221/765889

16.6.: Präsidentschaftswahlen in Rußland

22./23.6.: Bordieu-Seminar der AG BWK By in Schweinfurt, DFG-VK-Büro, Gabelsberger Str. 1, 97421 Schweinfurt. Anmeldungen ebenda, z. Hd. C. Seitz.

26./27.6.: G-7-Gipfel in Lyon, Frankreich.

26.-30.7.: 2. Europäischer Friedenserziehungskongreß in Lillehammer (Norwegen). Mit PädagogInnen, Gewerkschaftern, Friedensforschern und Vertretern des Europarats. Infos über Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg. Tel. u. Fax: 040/6015212.

1.-4.8.: „Sommertreffen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen. Näheres bei BAG-SHL, Moselstr. 25, 60329 FM, Tel. 069/250030, Fax: 069/235584.

1.-4.8.: Schnepfenthal: Sommerkurse der „Linken Schule“ in Schnepfenthal, Thür.

14.8.: In Lüneburg beginnt der Prozeß gegen die Göttinger „Autonome Antifa“ (17 Angeklagte) wegen angeblicher Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ (§129 StGB)

7./8.9.: In Duisburg-Rheinhausen findet die 4. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS statt: „Zeitstrukturen. Entwürfe zur Neuverteilung der Arbeitszeit“ ist ihr Thema.

14.9.: Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln

15.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen

28.9.-4.10.: Stuttgart: ÖTV-Gewerkschaftstag

12./13.10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK in Köln

25.-27.10.: Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ - 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozeß, Infos: IPPNW-Kongreßbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166

26./27.10.: Herbst-Arbeitstreffen der KAZ-Gruppe im Raum Heidelberg. Infos bei KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München.

5. November: US-Präsidentschaftswahlen

14.-16.11.: a.o. DGB-Bundeskongreß in Dresden mit Beschluß über ein neues Grundsatzprogramm

24.-26.1.97: 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS in Schwerin

Bilder vom 1. Mai in
Augsburg

Bündnis für



Zwickel, der 1. Vorsitzende der IGM, machte im Dezember vergangenen Jahres aus heiterem Himmel und völlig überraschend ein Bündnisangebot an die Unternehmer: Wären diese bereit, eine bestimmte Zahl von Neueinstellungen vorzunehmen und die Bundesregierung bereit, auf weitere Kürzungen im Sozialbereich zu verzichten, so gäbe sich die IGM mit einer „Nullrunde“ (Lohnerhöhung in Höhe der Inflationsrate) zufrieden.

Lassen wir mal die Bundesregierung außer acht, jeder weiß, wie tief deren Eingriffe ins soziale System bereits gingen, bzw. in Planung sind. Betrachten wir nur die Unternehmer und Arbeitnehmer. Einige Unternehmerverbände, wie z.B. in der Chemie und Textil, sind schon freudig auf Zwickels Bündnis aufgesprungen und haben in dieser Tarifrunde noch mehr als in den vorausgegangenen zu Lasten der Beschäftigten ihre Profite gesteigert. In der Chemie z.B., in der, wie allgemein bekannt, satte Gewinne eingefahren wurden, erhalten die Beschäftigten 2 Prozent mehr Lohn. Im Gegenzug wollen die Unternehmer den Personalabbau ab 1. Juli stoppen, sowie Überstunden mit Freizeit ausgleichen. Die Führung der IG-Chemie erhofft sich dadurch offiziell 25000 neue Arbeitsplätze. Von Seiten der Unternehmerverbände wurde es nicht einmal für notwendig erachtet, diese Zahl auch nur zu kommentieren.

Es ist unserer Meinung nach ziemlich offensichtlich, wie einige Gewerkschaftsführungen unter dem Deckmantel der Bündnisse mit dem Kapital paktieren und unsere Interessen dabei verraten und verkauft werden. Die dem Kapital „wohlgesonnenen“ Gewerkschaften versetzen die paar wenigen, die diesen Beschleiß nicht mitmachen wollten, wie z.B. die IG Medien, enorm unter Zugzwang. Die IG Medien hat dieses Jahr mit 1,85 Prozent abgeschlossen. Ein Kommentator der Süddeutschen Zeitung dazu voller Schadenfreude: „Obendrein hat der IG-Medien-Vorsitzende Dettel Hensche im Vorfeld der Verhandlungen kräftig mit dem Säbel gerasselt und laut allerlei Statements sichtlich damit geliebäugelt, noch einmal zum letzten großen Gefecht gegen Sozial- und Lohndumping zu blasen. Aber die Stimmung im Land, die ist nicht so. Und so vollzog sich die Druck-Runde unter dem Druck der Verhältnisse in ungewohnter Geräuscharmheit.“

Auch die CSU hat die Zeichen der Zeit erkannt und fordert nun ein „Bündnis für Deutschland“. Wir können uns sogar weitere „Bündnisse“ vorstellen und haben diese für die 1.-Mai-Demonstration auf neun Tafeln aufgemalt.

Augsburger Gewerkschafter aus verschiedenen Betrieben, -(ehe)

Bündnis